

2. Ökonomisierung zwischen Zeitdiagnose und Gesellschaftstheorie

Eine nähere Betrachtung des Begriffs der Ökonomisierung offenbart, wie äußerst vieldeutig die Konzepte sind, die Autor*innen zu ihrer Konturierung heranziehen. Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte hat sich Ökonomisierung zu einem *umbrella term* für ganz unterschiedliche Beobachtungen entwickelt, die im Allgemeinen eine *Ausbreitung marktwirtschaftlich-kapitalistischer Elemente* einer Markt-, Leistungs-, Wettbewerbs-, Wachstums-, Exzellenz-, Innovations-, Effizienz-, Preis- oder Gewinnorientierung in staatlichen Verwaltungen und gesellschaftlichen Verhältnissen postulieren. Ökonomisierung wird dabei teils synonym mit Begriffen wie »Kommerzialisierung«, »Vermarktlichung«, »Rationalisierung«, »Privatisierung«, »(Neo)Liberalisierung«, »Managerialisierung«, »Kommodifierung«, »Deregulierung«, »Monetarisierung«, »New Public Management« oder auch »Quantifizierung« verwendet. Häufig werden derlei Begriffe normativ gewendet und zu einer kritischen Zeitdiagnose amalgamiert, wenn sie nicht dezidiert mit einem gesellschaftstheoretischen Anspruch auftreten.¹ Der Diskurs ist in der Regel so verteilt, dass die Ausbreitung marktwirtschaftlich-kapitalistischer Elemente von der einen (kritischen) Seite als gesellschaftliches *Problem* ausgemacht wird, während die andere (affirmative) Seite hierin Gestaltungspotenziale erblickt, die geradewegs eine *Lösung* gesellschaftlicher Verteilungs- bzw. politischer Steuerungskonflikte verheißen.

Jenseits dieser recht offensichtlichen Dichotomie treffen Leser*innen jedoch auf ein Konvolut diagnostischer Thesen, die sich auf vielfältige Untersuchungsbereiche richten und dabei völlig unterschiedliche, teils widerstreitende theoretische wie methodische Setzungen vornehmen. Gepaart mit den häufig emotional geführten Debatten in der (Fach-)Öffentlichkeit, erscheint Ökonomisierung zunehmend als wissenschaftlich fragwürdiger, politischer »Kampfbegriff« (Vogd 2016a:

¹ Zum Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose am Beispiel der Quantifizierung, die unter 2.2.3 ausführlich diskutiert wird, siehe Werron (2018). Eine ausufernde Besprechung aller anderen Begriffe wird hier nicht geleistet. Es werden allerdings einige Begriffe im Verlauf der Arbeit, die für den Fortgang der Argumentation wichtig sind, aufgegriffen. Eine ausführliche Besprechung bieten etwa Aykel (2013), Geißler (2016) und Peetz (2014).

299; siehe auch Baur 2008). Der Begriff offenbart so besehen eher Erklärungsprobleme der scientific community, als dass er ein zufriedenstellendes Analyseinstrument, geschweige denn eine wissenschaftliche Erklärung für gesellschaftliche Probleme liefern würde (vgl. Kette 2019). Dabei ist der im Diskurs entworfene Problemhorizont von großer, teils existenzieller Tragweite, wenn der Term etwa für das Streichen sozialstaatlicher Transferleistungen im Zuge der Ausbreitung »neoliberaler Glaubenssätze« (Butterwege et al. 2008), für die Gefährdung der Patient*innensicherheit in Krankenhäusern (vgl. Maio 2014) oder zur Bestreitung einer Existenz von Gesellschaft an sich (Thatcher 1987: »there's no such thing as society«) herhalten muss.

Um einen ersten Überblick zu schaffen, wird der Diskurs über Ökonomisierung an dieser Stelle etwas grobschrittig in einen *interioren* Strang und einen *exterioren* Strang geteilt. Mit dem *interioren* Strang sollen all jene Beiträge gemeint sein, die eine Ökonomisierung *innerhalb* des Wirtschaftssystems betreffen. Gemeint ist eine Binnenperspektive, die »Wirtschaft« als Untersuchungsgegenstand konzipiert, in dem sich selbst unablässig Prozesse der Ökonomisierung ereignen. Diesen Strang haben Schimank/Volkmann (2017: 10) als »Ökonomisierung des Ökonomischen« bezeichnet. So kann die unternehmerische Priorisierung des Shareholder-Value in einem von kurzfristigen Renditeerwartungen getriebenen Finanzmarkt-Kapitalismus (z.B. Windolf 2005) zulasten von Belegschaftsinteressen als eine Art von Ökonomisierung im Sinne einer forcierten Gewinnorientierung verstanden werden; oder die Produktionsstrategie der »geplanten Obsoleszenz« mit seinen kürzeren Produktionszyklen und den implizierten Nachteilen für Ökologie und Geldbeutel der Konsumenten als Ökonomisierung einer Fabrikationslogik gelten, die vormals stärker von ingenieurwissenschaftlichen Qualitätsmaßstäben dominiert war (z.B. Prakash et al. 2016).

Gleichzeitig wird unter dem Banner einer innerwirtschaftlichen Ökonomisierung ein weiterer Aspekt offenbar, der den Kitt zwischen Theorie und Praxis betrifft und auf die historische Entwicklung eines akademischen Fachwissens der Wirtschaftswissenschaften *sui generis* abstellt. Die Herausbildung einer als *Ökonomik* bezeichneten, eigenständigen Wissenschaft fördert ein institutionalisiertes Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge zutage, die unmittelbarer Ausdruck der spezifischen Recheninstrumente der Ökonomik sind, von denen »konstruktive und wirklichkeitsgenerierende Effekte« (Mennicken/Vollmer 2007: 10) ausgehen und welche damit einen bestimmenden Einfluss darauf ausüben, wie Wirtschaft theoretisch verstanden, von anderen Bereichen abgegrenzt und zugleich praktisch vollzogen wird (vgl. Çalışkan/Callon 2009; MacKenzie et al. 2007). Besonderes Augenmerk fällt im Diskurs auf das wissenschaftstheoretische Fundament der oben bereits eingeführten »neoklassischen« Schulen, die sich ausgehend von der klassischen Nationalökonomie (Smith, Ricardo, Malthus, Mill, Say) im späten 19. Jahrhundert entwickelten und noch immer den Mainstream des Fachs repräsentieren

(vgl. Heine/Herr 2013: 11–315; klassisch: Schumpeter 1954 [1912]). Kritiker monieren insbesondere die Formulierung ökonomischer Gesetze bei gleichzeitiger Ausblendung der Methoden empirischer Sozialforschung (»Modell-Platonismus«, Albert 1971 [1963]), die Engführung der wirtschaftlichen Forschungsperspektive auf einen methodologischen Individualismus und das Menschenbild des Eigeninteressen verfolgenden, nutzenmaximierenden *homo oeconomicus* (z.B. Aretz 1997; Hodgson 2012), die forschungsstrategische Ausrichtung als positivistische Wissenschaft (»positive economics«, Friedman 1966 [1953]; selbstkritisch hierzu Rubinstein 2006; Reiss 2012) und die daraus resultierende abgeschlossene Insellage (»insularity«, Fourcade et al. 2015) der Ökonomik innerhalb der Sozialwissenschaften.

Als problematisch hervorgehoben wird, dass all jene Aspekte als nicht-ökonomisch tituliert und von der ökonomischen Analyse ausgesondert werden (Ökonom*innen sprechen von »externalisieren« bzw. »externen« Effekten), die sich einer mathematischen Quantifizierung und damit exakten Berechenbarkeit entziehen. Der Begriff der Ökonomisierung verweist hier auf die Herausbildung einer hegemonialen Forschungsorthodoxie innerhalb der Wirtschaftswissenschaften in Form einer *wertneutralen Rechendisziplin*, die konkurrierende (»heterodoxe«) Ansätze mittels einer radikalen Vereinfachung durch *Mathematisierung* und *Rationalisierung* zu übertrumpfen glaubt. Einen Schritt weiter (in Richtung *exterior*) ging Gary S. Becker (1982) mit seinem nobelpreisgekrönten Werk »Eine ökonomische Erklärung menschlichen Verhaltens«. Neben der Haltung, Wirtschaftswissenschaft als Formalwissenschaft zu betreiben, konzipierte Becker auf Grundlage einer an Lionell Robbins geschulten Definition von Ökonomie² die Ökonomik als allgemeine Verhaltenswissenschaft vom Menschen, der als präferenzstabilier, nutzenmaximierender Akteur unter Knapheitsbedingungen zwischen konkurrierenden Zielen wählen muss. Aus einer »Verallgemeinerung der Nutzenfunktion« (Tietzel 1983: 230; für eine Kritik am Nutzenkonzept siehe Hodgson 2012) leitet sich sein Anspruch ab, jedes menschliche Verhalten ökonomisch erklären zu können. Beckerweitete die ökonomische Haushaltstheorie beträchtlich aus, indem er Haushalte als »kleine Fabriken« (Becker 1982: 101) mit einer spezifischen Produktionsumwelt definierte. Die Umwelt sollte u.a. über folgende als Waren betrachtete Konsumgüter erschlossen werden (siehe hierzu auch Tietzel 1983): »Reinigung, Ernährung, Fortpflanzung« (ebd.), »Neid, Prestige, physische und psychische Gesundheit, Umsichtigkeit« (ebd.: 166), »die Qualität der Mahlzeiten, Erholung, Kameradschaft, Liebe« (ebd.: 228) oder »die Anzahl und Qualität von Kindern« (ebd.: 215).

Aus sozialwissenschaftlicher Richtung ist der Ansatz seither ausufernder Kritik ausgesetzt, bis hin zur pejorativen Titulierung, es handele sich dabei um eine Art

2 Robbins (1932: 15) »Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses«.

»ökonomischen Imperialismus« (Aretz 1997). Diese und andere in der Neoklassik explizierte Axiome (z.B. Grenznutzentheorie, Nutzenmaximierung, Präferenzstabilität und Entscheidungs rationalität des homo oeconomicus, Allokationseffizienz und Gleichgewichtsmodell von Märkten) werden in der Forschung einerseits vor dem Hintergrund realwirtschaftlicher Abläufe und empirischer Widersprüche auf ihren wissenschaftlichen Gehalt geprüft bzw. ihre Realitätstauglichkeit in Zweifel gezogen.

Andererseits wird das, was unter dem liberalen Ökonomen und Monetaristen Milton Friedman (1966 [1953]) gar in den Rang einer physikalischen Wissenschaft erhoben wurde (siehe hierzu einflussreich Mirowski 1989, sowie ausführlicher weiter unten 2.1.2), als Ausfluss einer durch die mathematischen Konstrukte der Mainstream-Ökonomik selbst erzeugten *Performativität* (siehe z.B. Callon 1998; MacKenzie et al. 2007) und *Narration* (vgl. McCloskey 1985; ein »ausrichtendes Narrativ« Priddat 2013: 421) gelesen. Ökonomisierung wird hier nicht als realitätsfernes, idealistisches Rechenspiel diskreditiert, sondern geradewegs als selbsterfüllende Prophezeiung der Wirtschaftswissenschaften verstanden, da ihre vereinfachenden Modellannahmen überhaupt erst die hierfür erforderlichen Verhaltensweisen und Infrastrukturen (u.a. Markt-, Wettbewerbs- und Verhaltensregeln) beschreiben. Letztlich brächten sie durch ihre Modellrechnungen jene »calculative agents« erst hervor, von denen sie im Anschluss an Adam Smith ausgehen, sie seien bloßer Ausdruck der »Neigungen des Menschen im Naturzustand« (Polanyi 1976: 74, vgl. hierzu schon kritisch Sombart 1902/1927: 379). Dieser Forschungsstrang stellt gewissermaßen das *Bindeglied* zwischen einer *intelioren* und einer *exterioren* Perspektive auf Phänomene der Ökonomisierung dar. Ihm wird sich nachfolgend ausführlicher gewidmet (siehe 2.1.1, 2.1.2, sowie insbesondere das Kapitel 3.4 zu Latour).

Der *exteriore* Strang hingegen verlässt die Binnensicht gänzlich und fokussiert seinen Blick auf die gesellschaftliche Bedeutung von Ökonomisierung. Es wird danach gefragt, welche Erscheinungsformen Ökonomisierung in nicht-wirtschaftlichen Bereichen kennzeichnen und welche Schlüsse aus gesellschaftstheoretischer Sicht daraufhin gezogen werden müssen. In den letzten Jahren sind im deutschsprachigen Raum vermehrt Vorschläge zur Systematisierung gemacht worden, die eine stärkere theoretische Durchdringung des Begriffs anstreben (vgl. Akyel 2014; Geißler 2016; Mohan 2018; Nassehi 2012; Niephaus 2018; Peetz 2014; Schimank/Volkmann 2008, 2017). Angesichts dieser Anstrengungen lässt sich ein gemeinsamer Kern der unterschiedlichen Beschreibungen erkennen, insbesondere dann, wenn nach der *Negation* Ausschau gehalten wird, von der aus die Analysen entwickelt werden. Allen Auseinandersetzungen liegt nämlich mehr oder weniger die Vorstellung zugrunde, mit Prozessen der Ökonomisierung ginge eine Art »Grenzverletzung« (Peetz 2014: 21) einher. Die Grenzüberschreitung wird als ein »Eindringen ökonomischer Logiken in nicht-ökonomische Bereiche

der Gesellschaft« (Nassehi 2012: 401) diskutiert, versehen mit der Annahme, dass »Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden« (Schimank/Volkmann 2008: 382). Es ist später herauszuarbeiten, worauf die Annahme einer Überschreitung fixierter gesellschaftlicher Grenzen theoretisch beruht und was daraus für den Begriff der Ökonomisierung und den Gang der Argumentation zu schlussfolgern ist.

Zum *Krisenphänomen* erklärt wird Ökonomisierung dann, wenn »feindliche Übernahmen« (Schimank 2006: 77) gesellschaftlicher Bereiche vor allem als Folge eines wirtschaftlichen »Krisen-Export« beobachtet werden, der auf eine »relationale gesamtgesellschaftliche Dominanz der kapitalistischen Wirtschaft« (Schimank/Volkmann 2017: 30) verweist. Derartigen Prozessen wird mitunter ein *expansiver* Drang zur Vereinnahmung zugewiesen, womit etwa Anschlüsse an das neomarxistische Konzept einer »neuen Landnahme« (Dörre 2009) oder auch – wie Nassehi (2012: 418) herausgestellt hat – an die wesentlich ältere, bekannte Diktion der »Kolonialisierung der Lebenswelt« von Jürgen Habermas (1982) sichtbar werden. Analog zur Infiltration aller Lebensbereiche durch das Ökonomische heute, kritisierte Habermas seinerzeit das Eindringen systemischer Imperative mittels generalisierter »Steuerungsmedien wie Geld und Macht« (ebd.: 417) in eine auf unmittelbarer Verständigung basierenden Lebenswelt (»von *außen* in die Lebenswelt – wie Kolonialherren in eine Stammesgesellschaft«, Habermas 1988: 522), die hierdurch zur »Assimilation« (ebd.) gezwungen sei. Hinzu kommt für Habermas die »elitäre Abspaltung der Expertenkulturen von den Zusammenhängen kommunikativen Alltagshandelns« (ebd.: 488), was zusammengenommen durchaus an die in »exterioren« Diskursen häufig ins Feld geführte Annahme röhrt, Ökonomisierung sei das Programm eines unaufhaltsamen *imperialen* Projekts »neoliberaler Eliten« (vgl. etwa Müller/Giegold/Arhelger 2004; Harvey 2005). Was es damit auf sich hat, wird im nächsten Schritt geklärt.

Zuvor muss noch eine zweite Gemeinsamkeit des *exterioren* Diskurses hervorgehoben werden, die im Wort *Ökonomiesierung* schon angelegt ist: Grenzüberschreitungen werden als ein sich stetig fortentwickelndes, dynamisches Phänomen gefasst, das sukzessive *alle Lebensbereiche* erfasst (analog zum soeben erläuternden Ansatz von Gary S. Becker). Hier liegt dann auch laut Nassehi (2012: 401f.) das neue der Ökonomisierungsdebatte begründet. Es gehe nicht mehr um die Habermas'sche Kolonialisierungsthese bzw. die Differenz von »System vs. Lebenswelt oder wirtschaftliche vs. gesellschaftliche Orientierung«, sondern vielmehr darum, dass »ökonomische Erfordernisse selbst zu lebensweltlichen Formen gerinnen« und in Praktiken münden, in denen Menschen sich als »unternehmerisches Selbst« (Bröckling 2007) hervorbrächten, in denen »Außenkontrolle und Außenaktivierung in Selbstkontrolle und Selbstaktivierung« übersetzt werde. Dies lässt sich nicht zuletzt auch an den unterschiedlichen Untersuchungsgegenständen

ablesen, wenn etwa die Ökonomisierung von Politikfeldern (Schaal et al. 2014), der Pietät (Akyel 2014), der Psyche (Bruder-Bezzel et al. 2016), des Privaten (Bergmann 2011), öffentlicher Verwaltungsstrukturen als »New Public Management« (Bogumil 2004), der ambulanten Pflege (Slotala 2011), der Krankenversorgung (Baer 2011; Bode 2010a, 2010b; Bode/Vogd 2016; Mohan 2018) oder des Sozialen überhaupt (Evers/Heinze 2008) untersucht wird.

Nach dem groben Überblick wird es in den folgenden Unterkapiteln darum gehen, die hier nur kurz angerissenen Diskursstränge ein wenig stärker zu durchdringen. Hierzu wird in einem ersten Schritt der Genese des Begriffs der Ökonomisierung nachgegangen. Er wird historisch im Rahmen eines Modernisierungsdiskurses verortet, der zusammenfällt mit der Industriellen Revolution und der Entdeckung des (National-)Ökonomischen als Reservoir einer eigenständigen, an der Physik und den übrigen Naturwissenschaften orientierten Wirtschaftswissenschaft. Anschließend wird dargelegt, worauf diese Entdeckung beruht, was sie für das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft mit sich führt und ferner markiert, was Ökonomisierung daraufhin mit der politischen Philosophie des Liberalismus, der Ethik des Utilitarismus sowie den daran anknüpfenden Strömungen des Neoliberalismus zu tun hat.

2.1 Die Verkürzung von Gesellschaft auf Wirtschaft: Zum Verhältnis von (Neo-)Liberalismus, Ökonomik und Gesellschaft

»Der Wirtschaftsliberalismus mißverstand die Geschichte der Industriellen Revolution, weil er darauf beharrte, soziale Erscheinungen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu beurteilen.« (Polanyi 1978: 60 [1944])

Der Begriff der Ökonomisierung ist keineswegs neu. Bereits bei zwei herausragenden Chronisten der frühen Industrialisierung findet er sich, wie Arne Manzeschke (2011) herausgestellt hat. Sowohl John Stuart Mill, ein wesentlicher Vertreter der neu begründeten »klassischen« Nationalökonomie, des Liberalismus und Utilitarismus, als auch Karl Marx, der eine materialistische Geschichtsauffassung vertrat und sich als Kommunist kritisch an der klassischen Nationalökonomie arbeitete, verwenden den Begriff. Bei beiden taucht er – freilich mit unterschiedlichen Konnotationen versehen – im Zusammenhang mit der Steigerung wirtschaftlicher Produktivkräfte, der Dynamisierung kapitalistischer Reproduktionsprozesse auf. Mill verwendet den Begriff in wohlmeinender Absicht als Kosteneffizienz, wenn er eine verbesserte industrielle Produktion auf die Tendenz verlegt, sparsam mit Roh-

stoffen zu haushalten; deren Nutzung zu verringern statt sie auszuweiten;³ Werkzeuge und Maschinen zu verwenden, die manuelle Arbeit sparsamer machen;⁴ und zu einer verbesserten Nutzung der zur Verfügung stehenden Zeit führen.⁵ Marx hingegen geißelt die »Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel« (Marx 1962: 486, [1867]) in drastischen Worten als »rücksichtsloseste Verschwendungen der Arbeitskraft und Raub an den normalen Voraussetzungen der Arbeitsfunktion« (ebd.). In der Marx'schen Theorie wird der Gebrauchswert eines Arbeitsprodukts (wie die »Arbeitsfunktion« selbst), der sich von den *inhaltlich-stofflichen* Qualitäten herleitet, unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise auf seine soziale Qualität – die *Warenform* –, das Produkt auf ihren Tauschwert reduziert, wie auch der Produzent, der von seinem Produkt getrennt und als Arbeitskraft verdinglicht wird. Die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der frühen Industrialisierung Englands vor Augen, stellt Marx den Begriff der Ökonomisierung in Zusammenhang mit der Vertreibung des Menschen aus seiner angestammten häuslichen Produktionsgemeinschaft in die von Maschinen befehligen Fabriken (in denen sie »treibhausmäßig gereift« sei, ebd.: 449) und die ringsherum entstehenden Arbeiter*innenslums.

Wie kann es sein, dass zwei Zeitgenossen eine derart auseinanderlaufende Bewertung dessen vornehmen, was sie als Ökonomisierung benennen und damit den jüngsten Diskurs zur Ökonomisierung gewissermaßen schon vorwegnahmen? Die Antwort ist im oben bereits angedeuteten Dissens darüber zu finden, wie das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft theoretisch zu beschreiben ist. Im Weiteren wird sich weniger auf das marxistische Denken verlegt, auch weil es mittels seiner wichtigen Impulse für moderne Praxistheorien ohnehin Teil der vorliegenden Arbeit ist. Für ein Nachdenken über Ökonomisierung im Krankenhauswesen scheint es aber vielmehr angebracht, auf die philosophischen Wurzeln des Liberalismus und des Utilitarismus zu sprechen kommen, da jene als zentral für die Entwicklung der klassischen Nationalökonomie, der neoklassischen sowie neoliberalen Schulen gelten können. Sie sind für den Gang der Argumentation insofern bedeutend, als dass sie im kritischen Diskurs über eine gesellschaftliche Ökonomisierung stets als negativer Gegenhorizont präsent sind und zugleich die Berech-

3 »The tendency of improvements in production is always to economize, never to increase, the expenditure of seed or material for a given produce; and the interest of the labourers has no detriment to apprehend from this source.« (Mill 2006: 140, [1848])

4 »One principal department of these improvements consists in the invention and use of tools and machinery. The manner in which these serve to increase production and to economize labour, needs not be specially detailed in a work like the present« (ebd. 144).

5 »In manufactures and commerce, some of the most important improvements consist in economizing time; in making the return follow more speedily upon the labour and outlay.« (ebd.: 145)

nungsinstrumente geliefert haben, mit und in denen sich Ökonomisierung vollzieht.

2.1.1 Naturalismus und Markt: Gesellschaftliche Problemlösung durch einen »natürlichen« Mangel?

»Der Lauf der Natur kann leicht gestört werden, aber ihre Gesetze wird kein Mensch umkehren.« (Townsend 2011: 30, [1786])

Wird aus *liberaler* Perspektive von Ökonomisierung gesprochen, kommt (wie bei Mill) zunächst der Aspekt der *individuellen* Freiheit ins Spiel. Das nach ›Verbesserung‹ strebende Element wirtschaftlicher Betätigung (in der Produktion neuer sowie der längeren Konsumtion bestehender Güter) vereint schöpferische und utilitaristische Prinzipien. Der klassische politische Liberalismus des 17. Jahrhunderts hatte seine Wurzeln in der Aufklärung, mit der er einen *positiven* Freiheitsbegriff als Willensfreiheit des Einzelnen für etwas verbindet. Erkenntnistheoretisch fußt er auf dem Skeptizismus des schottisch-englischen Empirismus, wonach wahre Erkenntnis nur durch Sinneseindrücke vermittelt und begründet werden kann. Hierin spiegelt sich der Vormarsch der Naturwissenschaften und ihrer Methoden, die fortan konkret auf menschliche Verhältnisse bezogen werden. Dafür definiert der Liberalismus – etwa bei John Locke und in Form der Hume'schen Regeln – zugleich institutionelle Garantien und ethische Voraussetzungen: Rechtsstaatlichkeit, Vertragsfreiheit, Meinungsfreiheit, Persönlichkeitsrechte, Privateigentum und eine Orientierung staatlicher und wirtschaftlicher Tätigkeit am Wohle aller (vgl. Rawls 1995).

Der darauf aufbauende Wirtschaftsliberalismus, für den insbesondere »Der Wohlstand der Nationen« (2009 [1776]) von Adam Smith sowie die Arbeiten von David Ricardo (1815/1817) und John Stuart Mill (2006 [1848]) Pate stehen, fällt mit der Institutionalisierung der klassischen Nationalökonomie als eigenständiger Wissenschaft zusammen (vgl. Schumpeter 1954 [1912]).⁶ Hier wird ein *negativer*

6 Schumpeter – als Chronist der klassischen Nationalökonomie (1954: 65, [1912]) – schätzte Smith für seine systematische Arbeitsweise, weniger für seinen Ideenreichtum: »He was a man of systematic work and balanced presentation, not of great new ideas«, so dass »this man with a crystalclear mind created his magnificent life-work from existing material and by treading on familiar paths.« Eher verweist Schumpeter auf die Bienenfabel von Mandeville, die Smith beflügelt habe und vor allem auf David Ricardo, »who really went further in a definite direction – for good or for evil« (ebd.: 70), als geistige Väter der neuen Wissenschaftsdisziplin. Interessanterweise hebt Schumpeter (ebd.: 80) die geringeren Ambitionen der klassischen Nationalökonomie hervor: »classical economists had a much narrover aim in

Freiheitsbegriff entwickelt, als Freiheit des Individuums von obrigkeitstaatlicher Herrschaft, Willkür und Zwang. Adam Smiths Gründungswerk der Wirtschaftswissenschaft war von Vorstellungen der Physiokratie inspiriert und wendet sich ab vom damals vorherrschenden Dirigismus mercantilistischer Wirtschaftspolitiken, die die Mehrung des Reichtums absolutistischer Herrscher verfolgten und in denen die Bevölkerung als bloße »Menge der Untertanen eines Souveräns« (Foucault: 2006: 107) firmierte. Die von Francois Quesnay und anderen Physiokraten vertretene Idee einer natürlichen Ordnung (»ordre naturel«) fungierte zugleich als Erklärungsansatz wirtschaftlicher Entwicklung und Vorbild für den erstmaligen Entwurf von Wirtschaft als eigenständigem Kreislauf, der systematisch und universell beschrieben werden kann. Während die Natur als unerschöpfliche Quelle des Reichtums (durch Grund und Boden) den Wirtschaftskreislauf ständig mit neuem Antrieb versorgen und dadurch im besten Interesse der Menschheit lenken würde, sei der Wirtschaftskreislauf von der Landwirtschaft (den »cultivateurs«) abhängig, die sich der Reichtümer der Natur annehme und diese vervielfältige. Güterproduktion trägt in dieser Sicht nicht zur Vermehrung von Reichtümern bei, sondern pflegt bzw. kultiviert die natürlichen Quellen des Reichtums und verzehrt diese nur. Die Hervorbringung (das »Generieren«) ist der Natur vorbehalten und ihrer Fähigkeit, die Reichtümer von Neuem zu erzeugen (vgl. Priddat 2001: 16-21).

Smith übernimmt diese Ansichten für die landwirtschaftliche Produktion, wendet sich aber für die gewerblichen Bereiche der Wirtschaft hiervon ab. Er bindet den »Wohlstand der Nationen« vielmehr an ihr Nationaleinkommen, das als Folge menschlicher Arbeit und des Prinzips der Arbeitsteilung erscheint (Smith 2009: 49ff., [1776]). Folglich ist es das *Individuum*, das mittels seines naturwüchsigen »Hanges zu tauschen, sich gegenseitig auszuholen und ein Ding gegen ein anderes zu verhandeln« (ebd.: 59) die enormen Produktivkräfte der Arbeitsteilung hervorbringt. Der Mensch »lebt so durch Tausch, oder wird gewissermaßen ein Kaufmann und die Gesellschaft selbst wächst zu einer eigentlichen Handelsgesellschaft heran« (ebd.: 69). Gleichwohl steht diese prophetische Note bei Smith – wie Karl Polanyi (1978 [1944]) argumentiert hat – nicht im Mittelpunkt seines Interesses. Zwar untersucht er die Wirtschaft als einen eigenen Analyse- und Funktionsbereich. Für ihn jedoch, den Empiristen und Moralphilosopen, sind wirtschaftliche Zusammenhänge stets Teil einer *sittlichen Ordnung*, die auf der Anerkennung und *konkreten* Anwendung von Werten jenseits deduktiv zu formalisierender, individueller Nutzenkalküle beruht (vgl. Vogl 2010). In der Moralphilosophie von Smith kommen Theologie, Ethik, Rechtswissenschaft und

view than some of the earlier and many of the later thinkers. Already Adam Smith did not intend to compose a social universal science out of economic material. [...] Ricardo set himself even narrower limits [...] he merely intended to [...] elucidate general forms of the economic process within this economy of exchange.«

Ökonomie noch als gleichberechtigte und miteinander verwobene Teile eines übergreifenden Denksystems zusammen (vgl. Schumpeter 1954: 22f., [1914]). Selbst der zur Erklärung des *homo oeconomicus* oft bemühte Satz muss als Ausdruck dieser Systematik verstanden werden:

»Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe, und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern stets von ihren Vorteilen. Nur ein Bettler will lieber ganz vom Wohlwollen seiner Mitbürger abhängen. Und selbst ein Bettler hängt nicht völlig davon ab.« (Smith 2009: 60, [1776])

Mit Verweis auf den Bettler wird klar, dass es den Menschen bei der Verfolgung ihres Eigeninteresses nicht ausschließlich um die Mehrung ihres eigenen Nutzens geht, sondern auch darum, eine Gegenleistung anbieten und damit in (Aus-)Tausch mit anderen treten zu können (vgl. Kuttner 2015). Für Smith konstituiert sich der Handel treibende, tauschende Mensch als soziales Wesen, da er weiß, dass »die Achtung, die wir bei den uns Gleichgesinnten genießen, dass unser Ansehen und unser Rang in der Gesellschaft, in der wir leben, sehr stark davon abhängt, wie viel wir von jenen Vorteilen [den »äußereren Glücksgütern«, die körperliche Bedürfnisse befriedigen, Anm. K. M.] besitzen, oder wie viel man wenigstens glaubt, dass wir von ihnen besitzen.« (Smith 2004: 361, [1759]) Tauschprozesse sind damit auch immer zugleich Ausdruck sozialer Anerkennung, persönlicher Sympathie und der Existenz gesellschaftlicher Werte (siehe hierzu auch grundlegend Veblen (2007 [1899])). Smith betrachtete gesellschaftlichen Wohlstand dahingehend »bloß als einen Aspekt des Lebens der Gemeinschaft, deren Zwecke er untergeordnet blieb; Wohlstand war ein Zubehör der um ihr geschichtliches Überleben kämpfenden Nationen« (Polanyi 1978: 157, [1944]).

Als früher Entwickler einer »individualistischen Sozialtheorie« (Vanberg 1979) findet sich im Werk von Smith, so Karl Polanyi (ebd.: 157), »keine Andeutung, daß die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten der Gesellschaft das Gesetz vorschrieben; kein Hinweis, daß sie die weltlichen Sprecher einer göttlichen Vorsehung wären, die die Welt der Wirtschaft als separates Ganzes beherrschte«. Bei Smith sei der »ökonomische Bereich noch keineswegs von Eigengesetzlichkeiten bestimmt, die uns den Maßstab für Gut und Böse liefern würden«, im Gegenteil »wollte Smith den Wohlstand der Nationen als eine Funktion ihres physischen und ethischen Lebens ansehen« (ebd.). Der These von einer Abwesenheit theologischer Ansichten in Smiths Werk ist seither häufig widersprochen worden. Joseph Vogl etwa erblickt in Smiths Sozialtheorie vielmehr das »Herniedersinken theologischer und kosmologischer Fragen in das Gebiet der Sozialontologie« (2010: 41). Insbesondere mit seinem berühmt gewordenen Begriff der *unsichtbaren Hand* – die den blinden Eigennutz der tauschenden Menschen gleichzeitig als nicht intendierten

Beitrag zu einem harmonischen Allgemeinwohl rahmt – trete »Gottes wirkende Hand, die unsichtbar alles Geschaffene lenkt, als wirksame theologische Metapher für die Vorsehung der Naturordnung, der *oeconomia naturae* wieder« (ebd.) auf den Plan. Sie ist Ausdruck einer Gesellschaft, die sich wünscht, dass die »irregulären Neigungen selbstsüchtiger Subjekte von unsichtbarer Hand zur Ordnung gefügt werden« (ebd.: 42).

Smith bewegt sich damit letztlich an der Grenze von physiokratischen und individualistischen Perspektiven als Souffleur einer »Vorsehungsökonomie« (Latour 2014), die in der *Vorstellung* einer intransparenten und zugleich absichtsvollen Kraft innerhalb der Gesellschaft wirkt. Wo diese Kraft – obwohl intransparent, ja unsichtbar – ihren Ort hat, kündigt sich für viele Chronisten erst angesichts der verheerenden Probleme an, die mit der strukturellen Massenarmut (Pauperismus) in vielen westeuropäischen Gesellschaften in Folge eines massiven Bevölkerungswachstums zwischen 1750 und 1800 einhergehen. Im Zuge der Diskussionen um den Pauperismus kam den naturalistischen Lehren von Joseph Townsend – seines Zeichens Arzt, Geologe und Priester – einige Bedeutung zu, da diese (im Anschluss an Smith) von führenden Nationalökonomien wie Ricardo, Malthus und Mill aufgegriffen wurden. Townsend hatte in seiner »Dissertation on the Poor laws« (2011 [1786]) die als zu großzügig empfundene staatliche Armenunterstützung Englands scharf kritisiert und ihr die Idee einer sich selbst regulierenden Kraft des Hungers der Armen entgegengesetzt:

»Die Armen wissen wenig von den Motiven, die Höherstehende zum Handeln antreiben – Stolz, Ehre und Ehrgeiz kennen sie kaum. Im Allgemeinen kann nur der Hunger sie anspornen und zur Arbeit treiben; doch unsere Gesetze diktieren: Hungern sollen sie nicht. Zugegeben: Die Gesetze diktieren auch, dass sie zur Arbeit gezwungen werden sollen. Aber Gesetzeszwang geht einher mit zu viel Ärgernis, Gewalt und Lärm, schafft böses Blut und kann niemals guten, bereitwilligen Dienst bewirken: Hunger dagegen übt nicht nur friedlichen, schweigamen, gleichmäßigen Druck aus, sondern er ist der natürlichste Antrieb zu Fleiß und Mühen⁷ und ruft deshalb die stärksten Kraftanstrengungen hervor; und wenn er durch die freiwillige Spende eines anderen gestillt ist, legt er ein dauerhaftes, sicheres Fundament für guten Willen und Dankbarkeit. Ein Sklave muss zur Arbeit gezwungen werden; ein freier Mann sollte selbst entscheiden und urteilen dürfen; [...]. Kehrt man zurück zu den niedrigen Motiven, die den Sklaven prägen, und traut man nur dem Zwang, dann müssen alle Segnungen des freiwilligen Dienens für den Knecht wie für den Herrn verloren gehen.« (ebd.: 15)

Und weiter:

7 Im englischen Original heißt es hier noch erhelltender: »most natural motive to industry and labour« (Townsend 1786: III).

»Auch der weiseste Gesetzgeber wird niemals eine gerechtere, wirksamere und in jeder Hinsicht passende Strafe erfinden können als den Hunger, den ein ungehorsamer Diener leiden muss. Hunger zähmt die wildesten Tiere, Hunger ist ein Lehrer, von dem auch die Rohesten, Starrsinnigsten und Verworfensten noch Anstand, gute Sitten, Gehorsam und Unterwerfung lernen. Ein guter Diener muss nicht fürchten, ohne Arbeit zu sein. [...] Sollte ein Mann aber ein berüchtigter Dieb, Arbeitsscheuer oder Verderber sein, dass kein Herr ihn beschäftigen will, dann wäre es gewiss gerecht, dass er Hunger leidet, bis er gelernt hat, sich besser aufzuführen. Es gibt vielleicht nur wenige Kirchspiele, die nicht Beispiele für diese bedauerlichen Eigenschaften aufzählen können. Vielmehr beklagen Gutsherren ganz allgemein, dass ihre Leute nicht mehr so gut arbeiten wie zu der Zeit, als es noch beschämend war, Armenfürsorge von der Gemeinde zu erhalten.« (ebd.: 18f.)

Für Townsend stand fest: Die Abschaffung handfester Armut durch staatliche Fürsorge führt unweigerlich auch zur Abschaffung von Fleiß und wirtschaftlicher Produktivität, da der Gesellschaft eine unermessliche Quelle selbstregulierender Aktivierung der Ärmsten der Armen abhandenkomme, der Hunger. Er tritt hier als natürliche Funktion des Körpers und *somatisches Regulativ* sozialer Verhältnisse gleichermaßen auf, der nicht nur staatliche Interventionspolitik überflüssig macht, sondern zugleich wirtschaftliche Prosperität, individuelle Freiheit, persönliches Glück und sozialen Zusammenhalt fördert. Wirtschaftliche Zusammenhänge sind hier der natürliche Ausdruck einer sich selbst regulierenden Kraft körperlich-ethischer Verhaltensweisen *jenseits* individueller Nutzenkalküle. Als Ort der Harmonie, bindet der Markt Leid(enschaften) an soziale Tugenden des Anstands, der Würde, an den guten Willen und gegenseitigen Respekt. Der Umgang mit einem Mangel an Nahrung führt zwangsläufig zu einem Überschuss an Dankbarkeit und Gehorsam demjenigen gegenüber, der gewillt ist, diesen Mangel für eine Gegenleistung (Arbeit) zu beheben. Wirtschaftliche Aktivität bleibt auch bei Townsend seltsam eingebettet in ethisch-normative Vorstellungen eines »guten« Umgangs, »edler« Absichten und sozialer Reziprozität (im Verhältnis Diener-Herr). Allerdings macht Townsend im Gegensatz zu Smith staatliche Politik (die Armenfürsorge) für die Existenz von Armut verantwortlich und will das Unheil, das sie beheben will, geradewegs in den Rang einer Tugend hieven.

Seine Gedanken zur Überlegenheit eines sich selbst regulierenden Marktes füßen auf der Ansicht, dass der Gesetzgeber nichts weiter zu tun braucht, als die »natürlichen Bindungen der Gesellschaft zu bestärken und den Grundsätzen, auf denen eine politische Union beruhen muss, Kraft zu verleihen« (ebd.: 17). Townsend bekräftigte, dass der »Fortschritt der Gesellschaft« zeigen werde, dass »manche Mangel leiden müssen« (ebd.: 27). Es müsse dann nur noch gefragt werden: »Wer verdient es am meisten, Kälte und Hunger zu leiden, der Verschwenderi-

sche oder der Vorsorgliche, der Faule oder der Fleißige, der Tugendsame oder der Lasterhafte?« (ebd.) Dahinter verbirgt sich nicht nur eine meritokratische Arbeits- und Sozialetik des Hungers, sondern der Glaube an eine natürliche Ordnung, die Townsend aus einem Beispiel, wie es sich auf der Insel Juan Fernandez zugetragen haben soll, ableitete und dessen evolutionäre Einsichten sich Charles Darwin später zu eigen machen sollte. Im Kampf um Nahrungsmittel zwischen Ziegen und Hunden wäre dort beobachtet worden, wie das Wachstum der Arten proportional zur verfügbaren Nahrungsmenge bis zu einer natürlichen Grenze steige. Sei diese Grenze erreicht, wären zunächst aus beiden Populationen die Schwächsten gestorben bzw. die Stärksten übriggeblieben. »Dadurch stellte sich ein neues Gleichgewicht ein« (ebd.: 29), was auch auf die Menschen zutreffe: »Die Nahrungsmenge reguliert auch die Zahlenstärke der *species humana*« (ebd., Hervorhebung im Original). Solange ausreichend Nahrungsmittel verfügbar seien, könne jeder für sich selbst sorgen, lediglich die »Schwachen sind abhängig von der unsicheren Gabe der Starken« und würden gemeinsam mit den »Faulen den natürlichen Folgen ihrer Trägheit erliegen« (ebd.).

Seine staatskritischen, marktliberal-physiokratischen Überzeugungen griff Robert Malthus (1924/1925 [1798]) auf und extrahierte hieraus ein *Bevölkerungsgesetz*. Das Gesetz postulierte ein exponentiell wachsendes Bevölkerungswachstum, demgegenüber der Produktivitätszuwachs in der Landwirtschaft lediglich linear (»in arithmetischer Reihe« ebd.: 21) ansteigt. Die sich daraus ergebende »Bevölkerungsfalle« empfiehlt Malthus vor allem mit sittlichen Eingriffen (u.a. in Reproduktions- und Heiratsangelegenheiten) beizukommen. Gleichzeitig sieht er auch *nützliche* Folgen des Gesetzes und möchte die »natürliche Tendenz des Menschengeschlechts« nicht schwächen, da sonst ebenfalls die damit verbundene »Hoffnung und Furcht, in der Gesellschaft zu steigen oder zu sinken, die zur Ver vollkommenung der menschlichen Fähigkeiten und der Zunahme des menschlichen Glückes so notwendig sind« (Malthus 1924/1925: 467f., [1798]) geschwächt würde. Hier klingt Townsends Lob des Hungers und insbesondere der Utilitarismus seines Freundes Jeremy Bentham durch.

Bentham – der »Newton der Moralphilosophie« wie er sich selbst nannte – hatte in seinem Werk »An Introduction to the Principles of Morals and Legislation« (1789) einen *quantitativen Utilitarismus* entwickelt, der das »Prinzip der Nützlichkeit« als »Gewinn, Vorteil, Freude, Gutes oder Glück« (2013: 10, [1789]) naturwissenschaftlich untersuchen wollte. Hierzu formulierte er »mathematische Modelle für die Berechnung der ›Gesamtsumme‹ des Glücks« (Pleger 2017: 111) einer Gemeinschaft, Gruppe oder eines Individuums. Wobei er überzeugt war, dass das Glück einer Gemeinschaft oder Gruppe stets nur die Summe des individuellen Glücks darstellt. Für Bentham ist der Mensch von Natur aus ein Hedonist, dessen Handeln ausschließlich auf die Erlangung des *größtmöglichen Nutzens* – der Mehrung von Glück (»pleasure«) bzw. Verringerung von Schmerz (»pain«) – gerichtet ist.

Handlungen sind für Bentham daher nach ihrer Intensität und nicht nach ihrer Art zu unterscheiden. Auf Grundlage eines axiomatischen Nutzenprinzips⁸ gibt Bentham sieben quantitative Aspekte an, die vor der Festlegung auf eine Handlung zu berücksichtigen sind.⁹ Er hält ein Handeln daraufhin immer dann für moralisch richtig, wenn es »das größte Glück der größten Zahl« bezweckt. Diese Logik stand in krassem Widerspruch zu Moralphilosophien der damaligen Zeit (u.a. zu der von Smith), die stets zwischen Qualitäten von Empfindungen (edle, tugendhafte vs. lasterhafte, siehe exemplarisch oben bei Townsend) unterschieden und markiert zugleich jene weitere Loslösung der Ökonomie von ihren moralphilosophischen Grundlagen.¹⁰ All diese Ansichten eint, dass sie die Entstehung der klassischen Ökonomik bzw. politischen Ökonomie auf eine naturwissenschaftliche Grundlage stellen, die allerdings noch jeder *methodischen* Grundlage entbehrt. Die naturwissenschaftlich inspirierten Ansichten über das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft bewegen sich im Frühstadium viel eher auf *spekulativer* Ebene, da normative Prinzipien geradewegs aus analogischen Betrachtungen der natürlichen Welt sowie axiomatischen Festlegungen abgeleitet werden und nicht etwa auf elaborierten Mess- und Recheninstrumenten beruhen (vgl. Priddat 1995). So kann das produktive und konsumtive Verhalten von Tier- und Menschenpopulationen bei Townsend zwar Unregelmäßigkeiten innerhalb der natürlichen Ordnung produzieren, findet aber letztlich im Malthus'schen Bevölkerungsgesetz zu einer harmonischen Einheit mit selbiger: »Die Bevölkerung einer Nation mag eine Zeit lang überproportional zur Nahrungsmenge zunehmen, aber dadurch wird das angenehme Leben der Wohlhabenden ebenfalls überproportional zerstört, und Not und Elend, die zuvor nur manche erlitten hatten, treffen nun alle, ohne dass sich irgendwelche Vorteile daraus ergeben. Der Lauf der Natur kann leicht gestört werden, aber ihre Gesetze wird kein Mensch umkehren« (Townsend 2011: 30, [1786]).

8 Axiomatisch deshalb, weil Bentham (2013: 11, [1789]) nicht davon ausging, dass die Richtigkeit des Prinzips direkt bewiesen werden kann: »Ist es eines direkten Beweises fähig? Ancheinend nein: denn was dazu dient, um etwas anderes zu beweisen, kann nicht selber bewiesen werden; eine Beweiskette muss irgendwo anfangen.« Hier zeigt sich schon, weshalb das Nutzenprinzip so problematisch und gleichzeitig als Erkenntnisprinzip forschungspraktisch so nützlich ist. Siehe hierzu Hodgson (2012).

9 Diese sind: Intensität, Dauer, Gewissheit oder Ungewissheit, Nähe oder Ferne, Folgenträchtigkeit, Reinheit einer Lust oder Unlust, vgl. Bentham (2013:11, [1789]).

10 Mill griff die Kritik an Bentham auf und entwickelte hieraus einen qualitativen Utilitarismus, der Bentham's Nutzenprinzip verhaftet blieb, nun aber zwischen niederen und höheren (geistigen) Empfindungen auf Grundlage eines objektiven Maßstabs unterschied, der sich aus Mehrheitsverhältnissen anderer individueller Einschätzungen bezüglich der Güte einer Empfindung ergeben sollte. Auch in seinem Entwurf des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft erscheint Mill als Grenzgänger zwischen Smith und Bentham (vgl. Kuttner 2015: 115ff.), wenngleich dies – wie oben dargestellt – seine positive Sicht auf Vorgänge der Ökonomisierung nicht tangierte.

Polanyi entwickelt hieran die These von der »Great Transformation«, wonach die große soziale Umwälzung, die mit der Industrialisierung und dem Kapitalismus einherging, vor allem darin bestanden hat, sich die Ökonomie als von der Gesellschaft losgelösten Bereich mit eigenen Gesetzmäßigkeiten vorzustellen und dann auch als solchen zu behandeln. In seinen Augen wird mit der *Idee* eines sich *selbst regulierenden Marktes* der historisch einmalige Prozess in Gang gesetzt, in dessen Vollzug sich die bis dato an sozialer Reziprozität und wirtschaftlicher Subsistenz orientierte Form wirtschaftlicher Produktion auflöst. Die vorkapitalistische Korrespondenz zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und Sozialstruktur beschreibt Polanyi als Zustand der Einbettung (»embeddedness«), wie sie auch für das Denken von Smith noch prägend gewesen sei (was nur zum Teil stimmt, wie oben anhand der Argumente von Vogl gezeigt wurde). Wird Wirtschaft hingegen als selbstreferenzieller Vollzug von Gesetzen des Marktes begriffen, auf dem sich eigennützig nutzenmaximierende Individuen tummeln, die miteinander effizient an Preisen orientierten Handel treiben, löst sich nach Polanyi der Kitt von Gesellschaft und Wirtschaft auf. In dieser Bewegung erblickte er eine Inversion der bisherigen Verhältnisse: »Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet (Polanyi 1978: 88f.). Die Institutionalisierung einer auf Tauschhandel basierenden »Marktform« (ebd.: 88) ebnet den Weg hin zu einer »Marktgesellschaft«, die eine »Behandlung der Gesellschaft als Anhängsel des Marktes« (ebd.) zur Voraussetzung hat. Inmitten der »Doppelbewegung« (ebd.: 182ff.) aus einem sich kontinuierlich expandierenden Prinzip des freien, selbstregulierenden Marktes und der Errichtung sozialer Sicherungssysteme richtet die neu entstehende Disziplin der Wirtschaftswissenschaft sich als »Teufelsmühle« (ebd.) darauf ein, neue Grenzen auf Grundlage einer politischen Philosophie des Liberalismus und der Ethik des Utilitarismus zu errichten.

Allerdings lässt sich mit Blick auf Polanyis Lektüre von Adam Smith ein Widerspruch in seiner These von der »Great Transformation« erkennen. Sei die Transformation noch so brutal und dem Anspruch nach vollumfänglich gewesen, so kann sie die sittliche Ordnung sich nicht einfach *einverleiben* und zum Verschwinden bringen. Polanyi hierarchisiert die sittliche Ordnung, die Smith in Gottes Hände legte und dadurch zu harmonisieren suchte, als eine, in der nicht-ökonomische Elemente Vorrang bzw. eine höhere Wertigkeit als ökonomische Elemente des Marktes besitzen. Sein dualistisches Vorgehen versucht Feuer mit Feuer zu bekämpfen, und das, obwohl er die historische Triebfeder für die erfolgreiche Ausdifferenzierung des Marktes als eigenständigem Wirtschaftssystem nicht etwa in einer dem Markt innenwohnenden Eigendynamik bzw. Gesetzmäßigkeit begründet sah. Für ihn war sie vielmehr Ergebnis »künstlicher Anreize, die dem Gesellschaftskörper appliziert wurden, um mit einer Situation

fertigzuwerden, die wiederum von dem nicht weniger künstlichen Phänomen der Maschine geschaffen worden war« (ebd.: 89).

Polanyi ist hier dem wichtigen Beitrag von Maschinen bzw. *Technik für das Verhältnis von Markt und Gesellschaft* auf der Spur, bloß hierarchisiert er unnötig, weil er sozialtheoretisch annimmt, dass Gesellschaft über einen eigenen *Körper* verfügt, dem etwas verabreicht werden kann. Viel eher aber ist Technik (wie die Maschine der Industrialisierung) – um mit Latour (2006a) zu sprechen – bereits »stabilisierte Gesellschaft«, die selbst keinen fest definierten Anfang und kein Ende, kein stabiles »oben« und »unten« hat, sondern sich anschickt, mit der Evolution der technischen Instrumente die Grenzen des sozio-technisch Machbaren immer weiter auszuloten (siehe auch ders. 2014: 563f.). Die harmonische, perfekte »natürliche« Ordnung des Marktes wäre ohne eine harmonische und perfekte Ordnung der Gesellschaft nicht zu haben. Da es beides aber nur in der Theorie und nicht in der Praxis gibt, brauchen die Maschinen, in Fabrikhallen tätig, aus diesen auch nicht ausbrechen und einen »künstlichen« Sog in der Gesellschaft erzeugen, die sich daraufhin genötigt sähe, Strukturen und Prozesse zu etablieren, die dem Funktionszusammenhang der Maschine nachempfunden sind. Vielmehr muss es zuvor schon zu einer ko-evolutionären Konstellation und »Rationalisierung der Machtmethoden« (vgl. Foucault 2006: 109ff.) gekommen sein, die mit Rekurs auf die Arbeiten Foucaults zur »Gouvernementalität« im nächsten Abschnitt nachvollzogen wird.

2.1.2 Markt und Staat: Ausdruck einer liberalen Regierungstechnik?

Das Verhältnis von Wirtschaft (als Markt) und Gesellschaft (als Marktgemeinschaft) ist seit dem Entstehen der Nationalökonomie nicht weniger kontrovers diskutiert worden. Tatsächlich hat die Wirtschaftswissenschaft von ihren normativ-spekulativen Ausgangsbedingungen nicht abgesehen, sich zugleich aber wesentlich stärker auf eine *mathematische Modellierung* der klassischen Postulate konzentriert. So definierte Léon Walras 1898 als früher Vertreter der neoklassischen Grenznutzenschule – also mehr als hundert Jahre nach der Entstehung der klassischen Nationalökonomie – das allgemeine Gleichgewichtsmodell als volkswirtschaftliches Gesetz, wonach Angebot und Nachfrage auf allen Märkten infolge rational verwalteter, individueller Budgetrestriktionen in ein Gleichgewicht treten. An sehr prominenter Stelle – bei Milton Friedman – wird die Ökonomik gar in den Rang einer physikalischen Wissenschaft erhoben (siehe hierzu auch Mirowski 1989). Dort finden sich mit Blick auf den Geltungsanspruch einer positivistischen Ökonomik (»positive economics«) folgende Ausführungen:

»Its performance is to be judged by the precision, scope, and conformity with experience of the predictions it yields. In short, positive economics is, or can be,

an ›objective‹ science, in precisely the same sense as any of the physical sciences.« (Friedman 1966: 4)

Dieses auf den Konstanten der objektiven Repräsentation, formallogischen Deduktion und Wertneutralität beruhende Fundament der Ökonomik lässt sich mit Friedman auf die paradoxe Formel bringen:

»Truly important and significant hypotheses will be found to have ›assumptions‹ that are wildly inaccurate descriptive representations of reality, and, in general, the more significant the theory, the more unrealistic the assumptions (in this sense). [...] To be important, therefore, a hypothesis must be descriptively false in its assumptions« (ebd.: 14, Hervorhebung K. M.).

Wie kann es sein, das eine wissenschaftliche Hypothese wichtiger wird in dem Maße, wie sie falsche Annahmen über die Realität bereithält, wie Friedman frei heraus zugestehst? Und weshalb sollte man dann an ihr festhalten? Friedmans Antwort fällt wie folgt aus:

»The choice among alternative hypotheses equally consistent with the available evidence must to some extent be arbitrary, though there is general agreement that relevant considerations are suggested by the criteria ›simplicity‹ and ›fruitfulness‹, themselves notions that defy completely objective specification« (ebd.: 10).

Die Beantwortung der Frage scheint damit vom Modell*design* abzuhängen: Der Erfolg positivistischer Ökonomik ergibt sich aus der Fähigkeit der relativ willkürlichen, vereinfachenden, modelltheoretischen Nutzenfunktionen, eine Spur, einen Fußabdruck, also eine eigene Evidenz in der realen Welt zu erzeugen. Eine positivistische Ökonomik produziert so lange wissenschaftliche Referenzen, wie sie einfache und zugleich in der Empirie (›experience‹) auffindbare Effekte findet, die in Einklang mit dem gewählten Modell gebracht werden können (›fruitfulness‹). Die Signifikanz eines Modells hängt dann letztlich von der Performanz der Befürworter und Gläubiger des Modells ab, die ihrerseits mit einer Anpassung an die im Modell gewählten Kalküle und sozialen Verhaltensweisen erst zum Leben erwecken, was laut Modell bereits existiert und zu einer effizienteren Welt führt. Diese schon bei Adam Smith formulierte Einsicht einer Korrespondenz wirtschaftlicher Tauschhandlungen mit einer sittlichen Ordnung, die moralische Verhaltensweisen, Berechnung und Vernunft zugleich adressiert, zeigt, dass es bei den Wirtschaftswissenschaften seit Beginn an nicht um deskriptive Weltbeschreibung, sondern Weltformatierung im Sinne einer normativen Theoriebildung gegangen ist und geht.

Darauf haben in jüngerer Vergangenheit Autor*innen aus unterschiedlichen theoretischen Positionen kommend hingewiesen (z.B. Beckert 2012; Çalışkan/Ca-

lon 2009; Callon 1998; Foucault 2006; Granovetter 1985; Latour/Lepinay 2010; Latour 2014; Priddat 1992). Alle bestreiten sie Polanyis These von der »Entbettung« marktwirtschaftlicher Strukturen und weisen darauf hin, dass wirtschaftliche Zusammenhänge ohne normative Orientierungen nicht ausreichend verstanden werden können. Beckert (2012: 248f.) bringt es auf den Punkt: »Die Aussage ›Akteure handeln nutzenmaximierend‹ muss entweder als eine ›Als-ob-Theorie‹ (Vaihinger 2007) gelesen werden oder aber als eine auf dem Utilitarismus fußende normative Theorie: ›Akteure sollen nutzenmaximierend handeln.‹« Die Ökonomie kann laut Beckert daher nicht »allein effizienztheoretisch erklärt« und auch das »intentional rationale Handeln der Akteure nicht unabhängig von kulturell verankerten Motiven verstanden« (ebd.:256) werden. Vielmehr müssten ökonomische Theorien auf ihre Historizität hin gelesen und heute ernüchtert festgehalten werden, dass »der normative Gehalt der auf (möglichst unbegrenzte) Steigerung der Grenzproduktivität setzenden ökonomischen Theorie selbst einen historischen Wandel in der Gestalt einer Dialektik der Aufklärung unterliegt.« (ebd.: 257)

Um das Verhältnis von Markt und Gesellschaft näher historisch zu inspizieren, wird nun auf Michel Foucaults (2006) Arbeiten zur Geschichte der »Gouvernentalität« und der »Biopolitik« rekurriert, die er in seinen Vorlesungen am Collège du France entwickelt hat. Er rückt hierfür insbesondere den Begriff der *Regierung* in den Analysemittelpunkt, den er im Rahmen seiner genealogischen Methode zur Kritik moderner Institutionen als *Macht-Wissen-Relation* entwickelt hat. Seiner Ansicht nach hat der Wirtschaftsliberalismus in seinen alten wie neuen Schattierungen zentrale Bausteine für die Errichtung einer spezifisch *liberalen Regierungstechnik* geliefert, die er als »Biopolitik der menschlichen Gattung« (ebd.) bezeichnet. Diese Technik (bzw. Rationalität, von der Foucault auch spricht) basiert u.a. auf einem »Regierungswissen« der politischen Ökonomie, das auf statistischen Wahrscheinlichkeiten und Messungen menschlicher Eigenschaften beruht, mit deren Hilfe das Konzept der »Bevölkerung« als politisches Problem adressierbar wird. Dieses Wissen entwirft Sicherheitsmechanismen, die sich auf »Endemien« (nicht mehr auf diskontinuierlich auftretende Epidemien) als »permanenter Faktor [...] des Entzugs von Kräften, der Verminderung der Arbeitszeit, des Energieverlustes und ökonomischer Kosten« (Foucault 1999: 281) richtet. Erstmals gerät auch »Krankheit als Bevölkerungsphänomen« in den Blick. Die Sicherheitsvorrichtungen (auch »Sicherheitsdispositive« genannt) stehen daher in unmittelbarem Zusammenhang mit gesundheitlich-demographischen Fragen. Die Gesundheit der Gesamtbevölkerung soll statistisch überwacht und damit als Feld der Regierung bearbeitet und optimiert werden. Ein statistischer Blick, der als Technologie darauf gerichtet ist, Gesellschaften als lebende Zusammenhänge »körperlich zu manipulieren und zu disziplinieren« als auch in der biologischen Dynamik der »Masseneffekte zusammenfasst und die Serie der Zufallsereignisse, die in einer lebendigen Masse auftauchen können, zu kontrollieren sucht« (ebd.: 294).

In der *Verbindung von Wirtschaft und Staat* wächst eine »Mikrophysik der Macht« heran, die Foucault als »politische Ökonomie des Körpers« (ders. 1994) fasst. Der Blick des Regierungshandelns, sein Machtypus, bewegt sich so von einem individualisierenden Zugriff in Richtung einer politökonomischen Form, die kein Machtzentrum mehr kennt, dennoch durch den statistischen Zugriff auf die politisierten Körper der Bevölkerung »massenkonstituierend« (ders. 1999: 278) wirkt. Letztendlich bezeichnet Gouvernementalität für Foucault (2006: 162) dann die

»aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.«

Dem Machtypus der Regierung, welcher sich ab dem 18. Jahrhundert entwickelt, hat Foucault zwei andere Typen vorangestellt: Souveränität und Disziplin. Ersterer Typus entwickelt sich in der Zeit des mittelalterlichen Staates, der auf Gesetzen beruht, territoriale Integrität anstrebt und nach dem Prinzip der Souveränität organisiert ist. Der zweite Typus der Disziplin wird im Verwaltungsstaat des 16. und 17. Jahrhundert verortet, der nach den polizeilichen Prinzipien der Überwachung und Bestrafung funktioniert und diese auf individuelle Körper anwendet (siehe z.B. ders. 1994).

All diese Machtypen bringen eine eigene soziale Ordnung hervor, leben bis heute fort und überlagern sich somit in der Gegenwart. Besonders am Typus der Disziplin entwickelt Foucault seine Machtanalytik als Macht-Wissen-Relation. An die Stelle marxistischer Vorstellungen einer in Basis (ökonomische Produktionsverhältnisse) und Überbau (Staat, Recht) organisierten Gesellschaftsform, setzt Foucaults »funktionale Mikroanalyse eine strikte Immanenz, bei der die Brennpunkte der Macht und die Disziplinartechniken ebenso viele Segmente bilden, die beweglich miteinander verbunden sind und die von den Individuen einer Menge durchlaufen werden oder in denen sie verweilen, als Körper und als Seelen (Familie, Schule, Kaserne, Fabrik, erforderlichenfalls Gefängnis)« (Deleuze 2013: 42). Am Beispiel des panoptischen Gefängnisses¹¹ – wie es von Jeremy Bentham (siehe oben) entworfen wurde – zeigt Foucault, wie Formen des Sicht- und des Sagbaren unablässig in einer »konzertierten Anordnung von Körpern, Oberflächen, Lichtern und Blicken« (Foucault 1994: 259) aufeinander verweisen und die *unpersönliche* Macht der *Disziplinargesellschaften* hervorbringen.

11 Wie das vorhergehende Zitat nahelegt, gilt dies aber auch strukturäquivalent für Schulen, Krankenhäuser, Fabriken, Kasernen, die Familie und andere Orte, die Foucault allesamt »Einschließungsmilieus« nennt.

Diese Macht ist nur *relational* zu verstehen, denn sie läuft nicht etwa in einer Person (z.B. dem Monarchen) zusammen oder wirkt durch Gesetze oder Repräsentation, hat demzufolge »kein Wesen«, sondern »ist operativ. Sie ist kein Attribut, sondern ein Verhältnis: das Machtverhältnis ist die Gesamtheit der Kräfteverhältnisse, die ebenso durch die beherrschten wie durch die herrschenden Kräfte hindurchgeht, die alle beide Singularitäten bilden« (ebd.: 42f.). Gerade deshalb aber ist für alle Machttypen wichtig festzuhalten: »Die Macht ›produziert Reales‹, bevor sie unterdrückt. Und sie produziert ebenfalls Wahrheiten, bevor sie ideologisiert, abstrahiert oder maskiert.« (ebd.: 44). Mit dem Begriff des *Diagramms* versucht Foucault diese Erkenntnis zu fassen. Das Diagramm beschreibt demnach einen Funktionszusammenhang, der »grundlegend instabil oder fließend« ist. Er »wirbelt unaufhörlich die Materien und Funktionen so durcheinander, daß sich unentwegt Veränderungen ergeben«. Daher bildet sich in den Machtverhältnissen auch keine »präexistierende Welt« ab, sondern das Diagramm »produziert einen neuen Typus von Realität, ein neues Modell von Wahrheit« (ebd.: 53f.). In diesem Sinne ist dann auch der Positivismus der neoklassischen Ökonomik Teil eines Regierungswissens, das als eine performative Wahrheit und operative Kraft zu verstehen ist, wie sie oben bereits andiskutiert wurde (siehe 2.).¹²

Die politökonomischen Verbindungslien verfolgt Foucault dann auch bis in die westlichen Nachkriegsgesellschaften hinein. Seine Arbeiten zur neoliberalen Gouvernementalität sind eingelassen in ein Narrativ einer sich rasant vertiefenden Globalisierung sowie profunder wirtschaftlicher Reproduktionskrisen, die auch den Hintergrund vieler Ökonomisierungsdiskurse bilden. Die politökonomische Situation in den späten 1970er, frühen 1980er Jahren – in denen Foucault seine Vorlesungen zur Geburt der Biopolitik hielt – lässt sich in groben Zügen folgendermaßen beschreiben: spätestens seit den beiden großen Ölkrisen von 1973 bzw. 1979/80, die politökonomische Krisen¹³ waren und schwere Wirtschaftsrezessionen in den westlichen Industrienationen auslösten, ist der expansive Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat zunehmend unter Druck geraten. Auch hat der Prozess einer doppelten Liberalisierung einen großen Einfluss auf die Konjunktur von Ökonomisierungsdianosen gehabt: zum einen ist mit der oben bereits angesprochenen Globalisierung der Wirtschaftsproduktion, die zurück zu den Anfängen liberaler Staaten reicht und sich gepaart mit einer Industrialisierung der Produktion und

12 Diese Entwicklung setzt sich auch mit Blick auf neuere Wissensformen der Ökonomik, etwa der Verhaltensökonomik, fort, deren Erkenntnisse als politökonomische Konzepte (wie z.B. »Nudging«) Einzug in Regierungshandeln gefunden haben. Siehe hierzu Berndt (2015); Bröckling (2017).

13 1973: massiver Preisanstieg für Rohöl infolge des »Ölembargo« einiger OPEC-Staaten als Reaktion auf den »Jom-Kippur-Krieg«. 1979/1980: Förderausfälle sowie Spannungen im Nahen Ost angesichts der Islamischen Revolution im Iran sowie des ersten Golfkrieges zwischen Iran und Irak ließen den Ölpreis erneut stark ansteigen.

technischen Entwicklungen spätestens seit den 1950er Jahren enorm entwickelt, eine Kräfteverschiebung zugunsten der Angebots- bzw. Produzentenseite zu verzeichnen. Die Möglichkeit (»exit-option«), in fernen Ländern mit niedrigeren Organisationsgraden von Gewerkschaften und Löhnen zu produzieren und somit eine effektive Drohkulisse gegenüber den jeweiligen westlichen Nationalstaaten mit entsprechend höheren Standards und Löhnen zu erhalten, versetzt global tätige Unternehmen in eine komfortable Verhandlungssituation. Sie hat politische Gemeinden aller Orten dazu verführt, eine wirtschaftsfreundliche »Standortpolitik« zu betreiben. Zweitens setzt das Ende des »Bretton-Woods-System« eine finanziökonomische Liberalisierung in Gang (vgl. Vogl 2010). Der Wechsel vom System relativ fester Wechselkurse, die bis dato in engen Schwankungsbreiten an den Goldwert bzw. den in Gold konvertierbaren Dollar gebunden waren, zu einem System frei flottierender und an internationalen Finanzmärkten gehandelter Devisenwerte, sowie die Aufgabe von Kapitalverkehrskontrollen seitens der westlichen Staaten, begünstigte die Herausbildung großer Investment-Banken und das Aufkommen einer einflussreichen Finanzwirtschaft.

Das wirtschaftspolitische Handeln westlicher Industrienationen ist seit den 1970er Jahren zunehmend angebotsseitig orientiert und sieht von nachfrageorientierten keynesianischen Investitionsprogrammen ab. Mehr und mehr erhält der bereits in den 1920er bis 1940er entstandene Neo-Liberalismus die wirtschaftspolitische Oberhand, der nach dem Vorbild des Liberalismus des 19. Jahrhunderts und als Amalgam unterschiedlicher Strömungen (Wiener Schule, »School of Cannan«, Chicago School, zu der auch Milton Friedman zählt, sowie Ordoliberalismus), einer erneuerten liberalen Gesellschaftsordnung das Wort redet (vgl. Mirowski/Plehwe 2009). Foucault zeigt hier, dass die Befugnisse und Wirtschaftstätigkeit staatlicher Stellen zugunsten des Individuums bzw. freier Bürger*innen begrenzt werden, während gleichsam die Rückbindung an Rechts- und Wettbewerbsprinzipien und der Durchsetzung rechtsstaatlicher Verfahren (der »rule of law«) eine größere Aufmerksamkeit zuteilwird. Der Markt wird für Foucault zu einem Ort der »Veridiktion« (ders. 2006), des Wahrsprechens, an dem sich erweist, was gutes Regierungshandeln von schlechten Varianten unterscheidet.

Trat die Regierung im 18. Jahrhundert noch in Anlehnung an die Physiokraten als naturalistisch auf¹⁴, wird mit dem Aufkommen des Neoliberalismus der Chicago School sowie dem Ordoliberalismus die *performative* Herstellung der Freiheit zentral. Foucault zeichnet für den Ordoliberalismus der Freiburger Schule nach, dass diese den Staat als starken politischen Gestalter eines wirtschaftlichen

14 Diese Ansicht hat Vogl (2015) zuletzt bezweifelt und als Ausdruck einer weiter zurückreichenden »seignoralen« Machtkonstellation rekonstruiert.

Ordnungsrahmens (»ordo«¹⁵) und obersten Wettbewerbshüter in Form unabhängiger Kartellbehörden konzipiert. Auf dem Wege konstituierender und regulierender Prinzipien¹⁶ sollten wirtschaftliche Effizienz mit politischer und wirtschaftlicher Freiheit verbunden werden, um so den grassierenden planwirtschaftlichen Erwägungen als auch einen Laissez-Faire-Kapitalismus hinter sich zu lassen (Eucken 1989, 1990 [1939, 1952]). Eine so verstandene Wirtschaftspolitik folgt dem Primat einer *staatlich garantierten* Wettbewerbsordnung, der Staat agiert in Funktion einer »strikten Marktpolizei« (Rüstow). Gesellschaften werden so dem Wettbewerbsprinzip einerseits gänzlich unterworfen, andererseits soll der Staat für faire Wettbewerbsbedingungen eintreten, um Freiheit und Wohlstand gleichermaßen zu ermöglichen. Führende ordoliberalen Ökonomen (wie Eucken, Müller-Armack, Röpke, Rüstow) hatten auch maßgeblichen Anteil an der Konstruktion eines »Rheinischen Kapitalismus« (Albert 1991) und der von Ludwig Erhard popularisierten »Sozialen Marktwirtschaft«, die mit einer fast zwei Jahrzehnte währenden wirtschaftlichen Prosperität in Verbindung gebracht wird und sich als »Wirtschaftswunder« in das nationalstaatliche Kollektivgedächtnis der BRD eingebrannt hat. Ein umstrittenes Erbe, das – nach Dahrendorfs Verkündung vom Ende des »sozialdemokratischen Zeitalters« – der Schröder-SPD sowie Tony Blairs Labour Partei Anfang der 2000er Jahre den »dritten Weg« (Giddens 1999, siehe auch das sog. Schröder-Blair-Papier) der Agenda 2010-Politik bzw. *New Labour* ebnete und bis heute in Grundsatzprogrammen führender Parteien (allen voran der CDU) und Lobbyagenturen wie der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (Molzberger 2010; Rodenstock 2001; Speth 2004;) weiter fortlebt.¹⁷ Die Regierungstechniken, die hiermit angeprochen sind, setzen also vor allem auf das Prinzip des *Wettbewerbs*. Der Staat erzeugt in dieser Konstellation die relevanten Wettbewerbsregeln und –verfahren und überwacht deren Einhaltung. Der Markt hingegen wird letztgültig als effizient koordinierendes »Entdeckungsverfahren« (Hayek) inthronisiert, auf dem das Individuum als innovativer »Unternehmer seiner Selbst« (Bröckling 2007, mehr hierzu unter 2.2.4) und rationaler Problemlöser angerufen wird.

15 Die Wurzeln des Begriffs liegen in religiös-metaphysischen Erwägungen eines Thomas von Aquin begründet.

16 Unter konstituierenden Prinzipien wird ein funktionierendes Preissystem auf Grundlage von offenen Märkten, das Primat der Währungspolitik, Privateigentum, Haftung, Vertragsfreiheit und eine konstante Wirtschaftspolitik verstanden. Regulierende Prinzipien sind Maßnahmen der Monopolkontrolle, Einkommenspolitik, Mindestlöhne im Fall eines »anomalen Arbeitsangebots« sowie die Internalisierung externer Effekte. Vgl. Eucken (1990 [1952]).

17 So heißt es bei Rodenstock (2001: 83) etwa: »In der Wirtschaft gewinnen die selbstbewussten Kräfte an Gewicht, die organisierten Interessen verlieren an Boden. Dieses neue Gleichgewicht gilt es auszutarieren und an die Flexibilität der Globalisierung anzupassen. Damit sind sicher Machtfragen berührt, aber in erster Linie ist es eine Frage der ökonomischen Vernunft. Manches spricht dafür, dass sich die Neue Soziale Marktwirtschaft schrittweise aus ihrer von kollektivistischen Vorstellungen geprägten Vergangenheit löst.«

Eine andere hervorzuhebende Perspektive, lediglich in syntaktischer Nähe zu Foucaults Begrifflichkeit verortet, hat die *Governance*-Forschung entwickelt. Aus einer Kritik an interventionistischen Staatsauffassungen hervorgegangen, ist sie insbesondere in politikwissenschaftlichen und von dort ausgehend auch in ökonomischen sowie verwaltungs- und sozialwissenschaftlichen Diskursen etabliert worden. Hier steht nicht die Machtanalyse unterschiedlicher historischer Gesellschaftsformationen im Vordergrund, sondern die Frage nach den Möglichkeiten gesellschaftlicher Ordnungsbildung durch *Selbstorganisation* (vgl. z.B. Mayntz/Scharpf 1995; Mayntz 2009; Schuppert 2005 für einen Überblick). Es kommen einerseits ganz unterschiedliche Mechanismen – Hierarchie bzw. Organisation, Markt, Gemeinschaft, Netzwerk – als Koordinaten und andererseits »Formen der absichtsvollen Regelung kollektiver Sachverhalte« (vgl. Mayntz 2009: 8) in Betracht. Das Problem der adäquaten Erfassung des Verhältnisses von Markt, Staat bzw. Gesellschaft verschiebt sich so – auch für Fragen der Ökonomisierung – von einer gesellschaftstheoretischen Ebene auf das komplexe Verhältnis unterschiedlicher Koordinationselemente.¹⁸ Governance wird einerseits verstanden als »intra-organizational issue of control and motivation in which working practices must be made more sensitive to customers, more outward looking in orientation and in which systems of control require constant vigilance and improvement« (Power 1997: 41). Die »absichtsvolle Regelung kollektiver Sachverhalte« schlägt sich so besehnen innerhalb von Organisationen nieder, die ihre Strukturen so entwickeln sollen, das Arbeitspraktiken einer fortlaufenden, auf Effizienzverbesserung ziellenden Kontrolle mit Blick auf relevante Anspruchsgruppen (bspw. in Form von Kundenwünschen, politischen Steuerungsanreizen und Erwartungen von Stakeholdern) unterzogen und diesen gegenüber responsiver werden können.

Andererseits erscheint Governance damit auch als »System der wechselseitigen Beobachtung von Organisationen« (Baecker 2019). Die gegenseitige Beobachtung führt zu einer komplexen Konditionierung zwischen Organisationen, womit allerdings die governancetheoretische Vorstellung eines effizienzorientierten Zugriffs kollektiv formulierter *Absichten* in Form von Regeln auf organisationale Strukturen und Praktiken in Zweifel gezogen wird. Die Rolle von Organisationen ist deshalb so bedeutsam und kontrovers, da jene auf unterschiedliche Bedarfe und Interessen hin zugeschnitten werden können: in Form von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, staatlichen Behörden, Krankenhäusern, politischen Parteien, Interessenverbänden oder Non-Profit-Organisationen bilden sie die Heterogenität moderner Gesellschaften eindrücklich ab. Andererseits aber entwickeln sie sich in Differenz

18 Es wird unter 2.2.1 noch kritisch diskutiert, wie eine solche Governance-Perspektive als Entwurf für gesellschaftliche Ökonomisierung, vorgelegt von Uwe Schimank und Ute Volkmann, aussieht.

zu anderen Einrichtungen – Märkten, Netzwerken, Nationalstaaten oder Gemeinschaften –, weisen also trotz enger Beziehungen zu diesen eine eigene Logik und Praxis auf, mit der sie sich gerade von externen Zugriffen abzuschirmen suchen. Nationalstaat, Wirtschaft und Gesellschaft zerfallen so in unterschiedliche Agenturen spezifischen Zuschnitts, deren komplexes Zusammenspiel als Governance-Regime untersucht wird.

Organisationen wird im weiteren Verlauf der Arbeit besondere Aufmerksamkeit zuteil, da hier – so eine der zentralen Thesen – wesentliche Einsichten zum Begriff und Prozess der Ökonomisierung zu erlangen sind (vgl. Kette 2019). Bevor Organisationen in aller Ausführlichkeit diskutiert werden, muss auf eine differenztheoretische Konzeption von Ökonomisierung abgestellt werden, die die Existenz *autonome* gesellschaftlicher Werte ausreichend berücksichtigt und in Beziehung setzt zu einem Verständnis des Ökonomischen als *kalkulative Praxis von Zahlen und Recheninstrumenten*. Der These von Polanyi über die Auflösung (»disembedding«) von Gesellschaft in einem übergreifenden marktwirtschaftlich-kapitalistischen System (»Marktgesellschaft«) wird die Annahme von Gesellschaft als Komplex aus differenzierten Teilbereichen mit jeweils eigenen Wertbezügen entgegen gehalten.¹⁹ Eine weitere These ist, dass sich Ökonomisierung weder in funktionalistischen Machtanalysen (Foucault), noch in institutionalisierten Regelungsmechanismen nach dem Governance-Modell erschöpft, auch wenn insbesondere in Foucaults Arbeiten die Bedeutung von Recheninstrumenten für die Ordnungsbildung in modernen Gesellschaften zum Tragen kommt. Es wird daher im Laufe der Argumentation der Frage nachgegangen, wie eine Theorie aussehen könnte, die »wirtschaftliche Phänomene im Kontext sittlicher Vorstellungen von Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Effizienz beleuchtet« (Beckert 2012: 25), dabei aber nicht in physiokratische Vorstellungen eines Joseph Townsend, noch in eine »Vorsehungökonomie« (Latour 2014) bzw. Sozialontologie der unsichtbaren Hand à la Smith zurückfällt. Bevor in Kapitel 3 und 4 hierzu der metatheoretische Rahmen umfassender dargelegt wird, gilt es im nächsten Unterkapitel genauer zu untersuchen, welche zentralen differenztheoretischen Prämissen gegeben sein müssen, damit Ökonomisierung als ein Phänomen zwischen Werten (Autonomie) und Berechnungen bzw. Zahlen (Kalkulation) beschrieben werden kann.

¹⁹ Siehe exemplarisch hierzu Luhmann (1998: 776–778), der dort (ebd.: 780) den Thesen Polanyis und der daran anschließenden Diskussion (mit Blick auf Granovetter 1985) um das Verhältnis von Ein- und Entbettung (»embedding« und »disembedding«) den Begriff der strukturellen Kopplung entgegenhält. Moderne Gesellschaften strukturieren sich daraufhin durch mit Autonomie versehene Funktionssysteme, die aus dem Verhältnis von operativer Schließung und struktureller Kopplung zwischen sozialen Systemen auf Grundlage der Differenz von System und Umwelt hervorgehen. Mehr hierzu im nächsten Unterkapitel 2.2.1.

2.2 Prämissen der Analyse einer gesellschaftlichen Ökonomisierung

Wie soeben argumentiert wurde, reichen weder die Konvergenzthese (im Sinne einer »Marktgesellschaft«) noch das machtanalytische Instrumentarium von Foucault und der institutionalistische Governance-Blick auf liberale Regierungstechniken aus, um an dieser Stelle bereits zu einem gesättigten Verständnis von Ökonomisierung zu gelangen. Um nicht voreilig eine Position zu beziehen, gilt es nun, Prämissen zu formulieren, die es erlauben, den Gegenstand der gesellschaftlichen Ökonomisierung aus Sicht der an ihr beteiligten *Zahlen, Recheninstrumente und kalkulatorischen Praktiken* genauer zu umreißen. Hierzu wird in diesem Abschnitt der Beitrag folgender Aspekte herausgearbeitet: Aus vorliegender Sicht – in Übereinstimmung mit den oben bereits andiskutierten differenztheoretischen Überlegungen – setzt eine Analyse gesellschaftlicher Ökonomisierungsvorgänge voraus, dass (1) ein Element markiert werden kann, welches über eine gewisse *Autonomie* verfügt. Weiter braucht es (2) die Vorstellung und Zuschreibung von *Vernunft und Rationalität*, mit der Prozesse gesellschaftlichen Wandels in Zusammenhang mit Ökonomisierung imprägniert werden. Sind beide Aspekte gegeben, werden die Vorgaben schon konkreter: es braucht (3) Instrumente und Vorrichtungen, die das autonome Element *quantitativ erfassen* und es erlauben, unter gewissen Gesichtspunkten zu *vergleichen*. Ist dies gegeben, erscheint es plausibel anzunehmen, dass (4) *spezifische betriebs- und volkswirtschaftliche Praktiken der Kalkulation* zum Einsatz kommen, die helfen, das autonome Element rechnerisch zu erschließen. Was hier bereits schon anklingt, ist die Annahme, dass diese vier Prämissen nicht auf ein Verständnis von Ökonomisierung hinauslaufen, dass von Konvergenz oder Einbettung ausgeht, sondern auf Verhältnisse gesellschaftlicher Differenz zwischen Autonomie und Kalkulation abstellen.

2.2.1 Autonomie

»Being autonomous is usually taken to mean being self-governing in one way or another; an autonomous state is one in which a person's will is genuinely *their own*.«

»How can agents be genuinely self-governing in the face of the physical and social forces in which they are embedded, and which appear to determine their states and capacities?« (Stoljar 2001: 1009f., Hervorhebungen im Original)

»Entscheidend für die Autonomie sind Prozesse der Überlegung, der Reflexion, und der Artikulation – Prozesse, die sich einer auch nur partiellen Reduktion auf Daten, erhoben aus der Beobachterperspektive, entziehen.« (Rössler 2018: 175)

Die folgenden Ausführungen gründen also auf der Einsicht, dass eine gesellschaftliche Ökonomisierung nur dann untersucht werden kann, wenn die differenztheoretische Annahme einer in *relativ autonome* Teile differenzierten Gesellschaftsstruktur gilt. Anders ausgedrückt: Um eine »Grenzverletzung« (Peetz) oder »Intrusion« (Bourdieu) zu beobachten, müssen intakte Grenzen und damit voneinander unterscheidbare Gesellschaftsbereiche mit ausreichend stabilen *Wertbezügen* vorausgesetzt werden. Ökonomisierung bedeutet dann, dass wirtschaftliche Aspekte in Bereichen aktiv sind, in denen dies zuvor nicht (oder nicht in einem gewissen Ausmaß) der Fall war. Die zuvor (analytisch) gezogenen Grenzen werden in der Folge verwischt oder ganz aufgehoben. So werden mit Verweis auf den ebenfalls äußerst vieldeutigen, bis zum »Rande des Verschwörungstheoretischen« (Lessenich 2008: 13) verwendeten Begriff des *Neoliberalismus* häufig global agierende multinationale Konzerne, Finanzmarktakteur*innen und politische Institutionen adressiert, deren Verflechtungen wiederum aus elitentheoretischer Perspektive als *Entgrenzung* von Politik, Ökonomie und Gesellschaft (Pohlmann 2013; Hessinger/Pohlmann 2017) oder politikwissenschaftlicher Perspektive als »Postdemokratie« beschrieben werden (Crouch 2008). »Neoliberale Reformen« werden aber auch konkret in Bezug gesetzt zu neuen Arbeits- und Beschäftigungs-

formen (z.B. als »unternehmerisches Selbst« bei Bröckling 2007; »Projekt-Polis« bei Boltanski/Chiapello 2003; »flexibler Mensch« bei Sennett 1996; »Arbeitskraft-unternehmer« bei Voß/Pongratz 1998), die ebenfalls als grenzüberschreitend oder gar entgrenzt gelten, da sie die Trennung zwischen Berufs- und Privatleben auf einer persönlichen Ebene hintergehen.

Das ökonomische Imperative sich verbreiten können, funktioniert also nur, wenn die moderne Gesellschaft nicht per se als »Marktgesellschaft« definiert wird, sondern sich Wirtschaft etwa als eigenständiges »funktionales Teilsystem« (vgl. Luhmann 1996) der Gesellschaft ausdifferenziert hat. Einschlägige Differenztheorien verstehen Gesellschaft demnach als »polyzentrisch« (ders.), sie gehen davon aus, dass der modernen Gesellschaft ihre Mitte, ihr Zentrum oder zentraler Bezugsrahmen abhandengekommen ist. Vielmehr setzt sie sich in dieser Lesart aus mehreren, eigenlogischen »Wertsphären« (Weber), »Funktionssystemen« (Luhmann), »Rechtfertigungsordnungen« (Boltanski/Thevenot), »Feldern« (Bourdieu) oder »Existenzweisen« (Latour) zusammen, die in einem gewissen (unterschiedlich konzipierten) Austauschverhältnis zueinanderstehen. Diese differenztheoretische Prämissen eint alle theoretischen Positionen und hebt sie etwa von Gesellschaftsentwürfen des Marxismus und der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule ab, die Gesellschaft als *Totalität* denken. Hier wird ein übergreifendes Konstitutionselement innerhalb der Gesellschaft ausgemacht, das sämtlichen gesellschaftlichen Erscheinungen, Sinnformen, Praktiken und Beziehungen ihr Gepräge aufzwingt (siehe Mohan 2018 für eine von diesem Gedanken und dem Adorno'schen Denken in Konstellationen inspirierte Studie zur Ökonomisierung im Krankenhaus). Diesen totalen Zusammenhang – etwa die Annahme von Gesellschaft als absolutem Ausdruck einer warenförmigen, kapitalistischen Produktionsweise (bzw. das Basis/Überbau-Schema bei Marx) – lehnen die nun diskutierten Ansätze ab. Gleichzeitig steht eben genau diese fundamentale, differenztheoretische Annahme in Frage, wenn Ökonomisierung als *Grenzüberschreitung* verstanden wird. Die Frage wird dann in einigen Untersuchungen dahingehend beantwortet, das Maß an Ökonomisierung zu bestimmen oder aber überzeugende theoretische Erklärungen und empirische Erkenntnisse dafür zu liefern, wie der Zusammenhang von sozialer bzw. gesellschaftlicher Autonomie und Ökonomie so gedacht werden kann, dass beides zugleich möglich erscheint.

Zunächst wird nun der wohl prominenteste Vorschlag zur differenztheoretischen Analyse von Ökonomisierung herangezogen, wie er von Uwe Schimank und Ute Volkmann (2008, 2017; sowie Schimank 2006, 2009, 2010) vorgelegt wurde. Beide definieren Ökonomisierung als »*Bedeutungszuwachs ökonomischer Kosten- und Gewinn-Gesichtspunkte* für gesellschaftliches Handeln« (dies. 2017: 10, Hervorhebung im Original). Der Entwurf erscheint zunächst plausibel insbesondere deshalb, weil erstens in der Definition bereits ein Verständnis des Ökonomischen als *relationales Verhältnis von Recheneinheiten*, genauer: Gewinn- und Verlust-Rechnungen, zum

Ausdruck kommt, das weiter von Interesse sein wird. Zweitens, weil in der Annahme, es handele sich um einen »Bedeutungszuwachs«, auch die Möglichkeit einer Abnahme entgegensteht, es sich also bei beim Phänomen der Ökonomisierung nicht um einen Eiskanal handelt, der nur eine Richtung kennt und seine Insassen stets *beschleunigt*, sondern mit wechselvollen »Ökonomisierungsdynamiken« (wie es der Titel des Buches von 2017 schon sagt) zu rechnen ist.

Die beiden Autoren präzisieren ihren Ansatz als Interesse für die »*Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen*« (ebd.: 11, Hervorhebung im Original), womit sie Gesellschaftsbereiche meinen, deren Funktion nicht *primär* wirtschaftlich (an den oben genannten Kosten- und Gewinnaspekten) orientiert ist. Sie grenzen sich damit von Ansätzen ab, die eine innerwirtschaftliche »Ökonomisierung des Ökonomischen« (ebd.: 10; oben als zugehörig zu einem »interioren Strang« gekennzeichnet) zum Gegenstand haben, auch weil sie zunächst dezidiert im Sinne einer systemtheoretisch begründeten, funktional differenzierten Gesellschaftstheorie danach fragen, wie solche Grenzüberschreitungen – zumal einseitig und mit besonderer Stärke aus Richtung der Wirtschaft – zwischen als autonom konzipierten Funktionssystemen überhaupt möglich und auf Dauer gestellt sein können. Die Erforschung von Ökonomisierungsdynamiken läuft dann auf eine Infragestellung der primären »Leitunterscheidung« (Luhmann) – der binären Codierung – des jeweiligen Funktionssystems hinaus.²⁰ Ein »Ökonomisierungsschaden« (ebd.: 13) ergibt sich, wenn die primäre *Referenz* eines Funktionssystems (z.B. das wissenschaftliche Streben nach Wahrheit, die politische Herbeiführung kollektiv bindender Entscheidungen oder die ärztliche Behandlung zur Schmerzlinderung oder Heilung eines Kranken) im Zuge der Aufwertung von wirtschaftlichen Kosten-/Nutzen-Kalkülen *sekundarisiert* wird. Die primäre Orientierung eines Funktionssystems trüte so hinter ökonomische Kalküle zurück, obwohl dies aus systemtheoretischer Sicht nicht vorgesehen ist. Die Politik erscheint dann im offensichtlichsten Fall als von Wirtschaftsinteressen korrumptiert, wenn politische Entscheidungen sich als an Geldzahlungen und auf die Generierung von Kapital orientiert darstellen. Wissenschaft verliert dann seine Wahrheitsorientierung, wenn Forschung nicht mehr

²⁰ Einen anderen Weg, der hier nicht weiterverfolgt wird, hat Franz Kasper König (2007) vorgeschlagen. Er will die Systemtheorie mit Hilfe einer begrifflichen Innovation für Ökonomisierungsphänomene öffnen. Über den Begriff der Nebencodierung soll Ökonomisierung gleichsam in die jeweils intern stattfindende operative Systembildung integriert werden. Als »generative Metaphern« modulierten sie nach dem Vorbild eines Analog-Digital-Wandlers das, was in der Umwelt der Systeme geschehe und aus interner Sicht nur Rauschen produziere bzw. als Nicht-Information behandelt werden könne, in Form einer anschlussfähigen Kommunikation. Gleichermaßen als »produktiver Fehler« (ebd.: 54) fänden wirtschaftliche Anforderungen als Nebencodierung Eingang in die operative Systembildung. Diese paradoxe Figur stellt darauf ab, dass Primär- und Nebencodierung systemintern so rückgekoppelt und temporalisiert werden, dass eine Parodoxieentfaltung möglich wird.

an Wahrheitskommunikation orientiert ist, sondern als Auftragsforschung Ergebnisse verlautbart, die im Voraus durch die Financiers festgelegt wurden.

Um dies zu untersuchen, nehmen die Autoren (vgl. Schimank/Volkmann 2008: 382) forschungspraktisch eine Mehrebenen-Perspektive im Sinne der oben bereits kurz skizzierten *Governance*-Forschung ein: auf der gesellschaftstheoretischen (Makro-)Ebene sollen gesellschaftliche »Teilsysteme« nach der Luhmann'schen Theorie funktionaler Differenzierung in Verbindung mit der von Bourdieu entwickelten Theorie sozialer Felder untersucht werden. Diese Ebene soll dann in einem zweiten Schritt mit Hilfe des »Akteurszentrierten Institutionalismus« (Mayntz/Scharpf 1995) auf die Meso-Ebene der »Regelungsstrukturen« von Organisationen und Mikro-Ebene der individuellen »Leistungsstrukturen« sowie den dort angesiedelten »Berufsrollen als Ethos der eigenen Praxis« (Schimank/Volkmann 2017: 13) bezogen werden. Überraschenderweise fallen hier das »Selbstverständnis der Organisationen und ihrer Rollenträger« (ebd.) definitorisch in eins. Exemplarisch wird eine fehlende Deckungsgleichheit im Selbstverständnis der ›guten‹ Organisation Krankenhaus und des ›guten‹ Arztes sogleich als »ultimativer Ökonomisierungsschaden« (ebd.) ausgewiesen.

Dem steht allerdings eine systemtheoretische Konzeption von Organisation entgegen, die diese begreift als »Treffraum für die unterschiedlichen Funktionssysteme, ohne daß deren systemeigene Autopoiesis dadurch eingeschränkt würde« (Luhmann 2000: 398). Organisationen gelten hier gerade als eigenlogische soziale Systeme, die weder mit ›ihren‹ Funktionssystemen, erst recht nicht mit ›ihren‹ Mitgliedern in eins gesetzt werden können. Wie später noch zu sehen sein wird (siehe 3.3.3 und 3.3.4), verortet Luhmann in seiner Organisationstheorie Menschen in der Umwelt von Organisationen. Für sie wird organisationsintern lediglich die Chiffre der *Person* verwandt, die als Autor, Adresse und Thema in Kommunikationen prozessiert wird. Sie dient als Entscheidungsprämissen von Organisationen, da sie ein Ordnungsmuster darstellt, das hilft, »eine Menge von Situationen« (Luhmann 2007: 285) zu organisieren. Dieser Kniff erlaubt es Organisationen, »die Einheit von Individuum und Person als operative Fiktion« (ebd.: 90, Hervorhebungen im Original) zu behandeln und von den Einstellungen und Motiven der einzelnen Individuen zu abstrahieren. In dieser Perspektive ist der Wert- und Praxismaßstab eines Arztes – Patient*innen unabhängig von ökonomischen Vorgaben im Rahmen professionell bestimmter Grenzen zu behandeln – nur eine von mehreren in der Organisation stets präsenten, mitunter widerstreitenden oder gar inkommensurablen Anforderungen, deren *Verhältnis* durch organisationale Entscheidungen immer wieder neu bestimmt wird (vgl. Jansen/Vogd 2013).

Schimank und Volkmann wenden sich hier von einem strikt systemtheoretisch geleiteten Organisationsbegriff nicht nur ab, sondern verlegen den Fokus durch ihren Rekurs auf Bourdieus Feldbegriff vielmehr auf eine sozialräumliche Ebene. Organisationen werden hier lediglich als Produkte von »objektiven Relationen zwi-

schen Positionen« (Bourdieu/Wacquant 1996: 127) begriffen und so ihrer Eigenlogik beraubt, da sie einem »Ensemble von relativ autonomen Spiel-Räumen« (ebd.: 37) subsumiert werden (vgl. auch Beckert 2012). Bourdieu konzipiert mit seiner Feldtheorie Gesellschaft als Spiel zwischen Akteur*innen, die um soziale Positionen innerhalb unterschiedlicher Felder (Recht, Politik, Ökonomie, Kunst, Bildung etc.) konkurrieren. Er fragt nach der »Struktur der Distribution der verschiedenen Arten von Macht (oder Kapital)« (Bourdieu/Wacquant 1996: 127), zu der Akteur*innen situativ in einem spezifischen Feld Zugang haben und deren Kapazitäten, »Widerstand zu leisten« (Schimank/Volkmann 2017: 13). Hierüber lassen sich Felder zwischen einem »autonomen« und einem »weltlichen« bzw. »heteronomen« Pol verorten. Der »autonome« Pol steht – analog zur operativen Autonomie der Funktionssysteme bei Luhmann – für symbolische Kapitelformen, die auf der gegenseitigen Anerkennung von Akteuren in der Verteidigung feldspezifischer Werte gründen, während der »weltliche« bzw. »heteronome« Pol auf der »Anerkennung durch die Menge« (Bourdieu 1996: 108) in Form ökonomischen Kapitals beruht und das Ökonomische somit als Logik der *Vermassung* ausweist. Bourdieus Feldtheorie und Ökonomie der Praxis wird später noch genauer besprochen (siehe 3.2).

Hier ist zunächst weiter auszuführen, dass Schimank und Volkmann Bourdieus Ökonomie der Praxis heranziehen, um eine siebenstufige »Ökonomisierungsskala« (ebd.: 35) vorzulegen, die angegeben soll, ob und inwiefern die autonome Eigenlogik der Felder, in dem die Leistungsproduzent*innen um Anerkennung streiten, *mehr oder weniger* durch Kosten-Nutzen-Kalkulationen überformt wird. Die sieben Stufen verlaufen aufsteigend von vollständig autonomen, von jedem Kostenbewusstsein befreiten (1) über mit fixen Verlustgrenzen konfrontierten (3) oder mit »Mischkalkulationen« (ebd.: 43) balancierenden (5) bis hin zu vollständig ökonomisierten, auf Gewinnmaximierung gerichteten Praktiken (7) der Akteur*innen. Mittels dieser Ordinalskala lassen sich einerseits die oben beschriebenen Ökonomisierungsdynamiken innerhalb nicht-ökonomischer Bereiche untersuchen und andererseits Vergleiche zwischen diesen anstellen.

Die zweifelsfrei sehr nützliche Skala kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die zugrundeliegende Theoretisierung einige wichtige Aspekte von Ökonomisierung ausspart. Die Übernahme des aus der Politikwissenschaft stammenden »Akteurszentrierten Institutionalismus« und der daraus sich ableitende Blick auf Governance-Regime (siehe oben 2.1.2), hat eine Reduktion von Organisationen auf »teilsystemische Regelungsstrukturen« (Schimank/Volkmann 2008: 387) zur Folge, die die Vernachlässigung der Eigenlogik von Organisationen für solche Prozesse nach sich zieht (vgl. Kette 2019; Peetz 2014; Vogd 2011a). Darüber hinaus ist es vor allem die *Praxis* der Ökonomisierung selbst, die nur einseitige Berücksichtigung findet. Dem konstatuierten »Bedeutungszuwachs ökonomischer Kosten- und Gewinn-Gesichtspunkte« wird nämlich auf der Mikro-Ebene anhand individueller »Leistungsstrukturen« nachgegangen, die

Akteure sogleich als »Leistungsproduzenten« konzipiert und die Untersuchung darauf ausgerichtet, die »denkbaren Kosten als auch den erwarteten Nutzen der Ökonomisierung« (Schimank/Volkmann 2008: 389) zu evaluieren. Die Autoren lassen hier wenig analytische Distanz zum einschlägigen Diskurs um New Public Management und einer effizienzbasierten Definition des Untersuchungsgegenstands erkennen, wenn sie sich den Ökonomisierungsprozessen über eine Kosten-Nutzen-Bewertung nähern. Sie sitzen hier der zweckrationalistischen Selbstbeschreibung eines Governance-Regimes auf, das Ökonomisierung als rein technisches, berechenbares Mittel zur Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen rahmt.

Teilweise wird diesem Umstand im Rahmen der Ökonomisierungsskala auch Rechnung getragen, etwa wenn zu Stufe 7 bemerkt wird, dass es »längst nicht immer [...] zu einer vollendeten ‚feindlichen Übernahme‘ des Künstlerischen, Sportlichen, Pädagogischen oder Medizinischen durch Gewinnmaximierungsbestrebungen« kommt, »denn es ist oftmals gerade zur Gewinnmaximierung funktional erforderlich, dass die jeweilige nichtwirtschaftliche Leitorientierung in gewissem, und zwar nennenswertem, Maße zur Geltung kommt. Paradox formuliert: Um Gewinnmaximierung erzielen zu können, muss sich die Gewinnmaximierung ein Stück weit selbst zurückhalten. Gewinnmaximierung ist hier auf Seiten der Leistungsproduzenten ein ‚state that is essentially a by-product‘ (Elster 1983).« (Schimank/Volkmann 2017: 46) Am Beispiel des Krankenhauswesens zeige sich, dass »nur eine Klinik, die sich den Ruf erwirbt, den Patienten spürbar – und zwar besser als andere Kliniken – zu helfen, [...] auf zahlungsbereite Nachfrage hoffen« (ebd.) könne. Neben der Abstraktion von den tatsächlichen Bedingungen des deutschen Gesundheitssystems,²¹ wird hiermit außer Acht gelassen, wie sich überhaupt feststellen lässt, dass manche Kliniken »spürbar« bessere Behandlungen durchführen. Es wird schlichtweg auf die jeweilige Zuschreibung abgestellt, dass dies der Fall ist. Ökonomisierung erschöpft sich allerdings nicht in kommunikativen Zuschreibungen (als Patient*innenmarketing oder in Form von Krankenhausratings, siehe zu letzteren Dorn 2018), sondern steht in einer Beziehung zu den Orientierungen und Handlungsvollzügen der »Leistungsproduzenten«. Dass hier eine Kommensurabilität zwischen einer ärztlichen Orientierung an der bestmöglichen Patientenbehandlung und einer ökonomischen Strategie der (relativen?) Gewinnmaximierung für möglich erachtet wird, soll nicht bestritten werden. Allerdings wäre es zunächst ratsam, zu fragen, wie sich professionelle bzw. nicht-ökonomische Orientierungen in der Praxis überhaupt darstellen.

21 Patienten im deutschen Gesundheitssystem sind per definitionem keine zahlungsbereiten Nachfrager, sondern Versicherungsnehmer, die auf einen gesetzlich festgelegten, pauschal vergüteten medizinisch-pflegerischen Behandlungskatalog zugreifen. Mehr dazu in Kapitel 4.

An der zunächst bloß beispielhaften Diskussion von Ökonomisierungsvorgängen im Krankenhauswesen lassen sich – wie im Laufe der Arbeit weiter auszuführen sein wird – grundsätzliche Einsichten in derartige Prozesse gewinnen. Um das Handeln von Ärzt*innen nicht gleich schon auf zweckrationale Leistungs- und Effizienzdimensionen verengen zu müssen, ist es lohnenswert, nach der *Quelle der Autonomie der Handelnden* zu fragen. Diese wird für professionelle Berufsgruppen – etwa der Ärzt*innenschaft – häufig in einer auf eigenen »jurisdictions« beruhenden »occupational control« (Abbott 1988, Evetts 2013) gesehen, die in Konkurrenz zu anderen sozialen Anspruchsgruppen interessenpolitisch verteidigt wird oder gar einer »third logic of professionalism« (Freidson 2001, hierzu mehr unter 4.1.2) überantwortet, die der Staat garantiert, aber nicht selbst (noch der Markt) hervorbringen kann. Aus einer systemtheoretischen Sicht können Professionen als autonome Einrichtungen des »people processing« begriffen werden, wonach »Probleme der personalen Umwelt des Gesellschaftssystems« (Stichweh 1992: 42, Hervorhebung im Original) jenseits medialisiert-technischer Lösungsvorgaben binär codierter Funktionssysteme auf Grundlage eines professionell bestimmten Interaktionsvollzugs zwischen Professionellen und Laien bzw. Klient*innen bearbeitet werden. Professionelle agieren hierbei autonom, da sie die unmittelbaren Krisen der Klient*innen aufgreifen und so mit dem »Problem der Vermittlung lebenspraktischer Autonomie mit universalistischen Geltungskriterien konfrontiert sind« (Wernet 1997: 275, zit. n. Pfadenhauer/Sander 2010: 365, siehe auch Oevermann 1996). Mit Vogd (2004; 2017a) lässt sich professionelle Autonomie darüber hinaus als eine *Praxis des Entscheidens unter Unsicherheit* konzeptionalisieren, die inkommensurable Reflexionslogiken und Rationalitäten unter Rekurs auf ein spezifisches theoretisches und handlungspraktisches Wissen immer wieder neu zusammenbindet.²² All diese Positionen vereint, dass sie die Quelle professioneller Autonomie nicht in der vermeintlichen Exzellenz ihres von einem Governance-Regime oder einer einzelnen Organisation bestimmten Leistungsoutputs verorten. Schimank/Volkmann hingegen setzen eine »übergreifende Effizienz- und Effektivitätssteigerung teilsystemischer Leistungsproduktion«, die der »Ökonomisierungsdruck« als »Aggregationseffekt« nach sich ziehe (ebd.: 389f.), voraus. Während so einer normativen Beschreibung des zu erforschenden Gegenstands anheimgefallen wird, wird analytisch die Chance vertan, zunächst einmal offen zu lassen, was Ökonomisierung als *empirischer Gegenstand*

22 Zusammengekommen kommt in der vorliegenden Arbeit somit ein relationales Verständnis von Autonomie (siehe Mackenzie/Stoljar 2000 sowie Stoljar 2001 zu einem durch feministische Studien inspirierten Begriff der »relational autonomy«) zur Anwendung, das die Erzeugung von Autonomie nicht atomistisch als individuell-psychologische Fähigkeit von Akteur*innen versteht, sondern hierfür auf ein »social self« abstellt, wonach Autonomie sich durch implizite Erfahrungen und Praktiken in sozialen Kontexten entwickelt. Siehe Stoljar (2011) für eine kritische Anwendung des Konzepts auf Fragen der Interaktion zwischen Ärzt*innen und Patient*innen im Sinne des »informed consent«.

überhaupt sein könnte und *wie*, d.h. mit welchen Mitteln und Praktiken (professioneller wie kalkulatorischer Art) der Bedeutungszuwachs des Ökonomischen mit welchen Auswirkungen, die nicht zweckrationaler Natur sein müssen, vollzogen wird (mehr dazu im Kapitel 3.3). Im Rahmen von Ökonomisierungsvorgängen wäre dafür zunächst eine sensiblere professionstheoretische Sicht einzunehmen, die das praktische Handeln und das fachliche Wissen von Professionellen nicht gleich als Ausdruck einer allzu offensichtlichen (formalen oder binären) Funktions- oder Effizienzlogik glättet, sondern offen dafür bleibt, welche Formen empirisch im Rahmen einer professionellen Praxis in Organisationen zu beobachten sind (siehe z.B. Vogd 2002, 2008 sowie unter 4.1.2).

Um sich nun einen Schritt von zweckrationalen Bestimmungen von Ökonomisierung zu entfernen, wird zunächst ein Vorschlag von Pascal Geißler (2016) diskutiert, der eine für die vorliegende Arbeit richtungsweisende Konzeption von Ökonomisierung vorgelegt hat. Er verknüpft Ökonomisierung zunächst mit Techniken der »Kalkularisierung« und stellt somit die Ausbreitung von *Berechnungspraktiken* als Gesellschaftsdiagnose in den Vordergrund der Analyse (mehr hierzu unter 2.2.4). Geißler bezieht mit seinem Verständnis von Kalkularisierung als *Technik* eine explizit (vgl. ebd.: 77-80) neutrale Beobachtungsperspektive, da in seinen Augen Technik per se kein spezifischer Zweck innewohnt und sie daher grundsätzlich als *open device* zu verstehen ist. Kalkulationen seien »künstlich eingerichtet, weil zunächst einmal Regeln definiert werden müssen, nach denen gerechnet wird.« (ebd.: 77) Diese Regeln liegen bereits in den Grundrechenarten vor, können aber bis hin zur Zergliederung komplexer Sachverhalte in kleinteilige, möglichst eindeutige Rechenvorschriften (Algorithmen) reichen. Dabei erzeugt die Wiederholbarkeit von Berechnungen ihre Stabilität und rückt sie oft in Kontexte, in denen Rechenregeln stabile Ketten nach dem Prinzip von Ursache und Wirkung (Kausalität) bilden sollen. Trotz allem, hält Geißler (ebd.: 79) fest, sind Rechenergebnisse *deutungsabhängig*:

»Diese Deutung erfolgt im jeweiligen Sinnkontext, in dem die Berechnung stattfindet. Gerechnet wird immer in Handlungskontexten. Diese werden nicht auf die Kalkulation reduziert, sondern um diese erweitert [...]. Das Ergebnis einer Kalkulation steht nie für sich; es ist abhängig davon, in welchem Kontext es entsteht, weil in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Regeln und Konventionen darüber gelten können, wie es zu interpretieren und zu bewerten ist.«

Geißler wählt – ebenfalls mit Rekurs auf Bourdieus Feldtheorie – für seine Analyse der Nutzung bibliometrischer Verfahren den Kontext »Hochschule« und dessen Regeln im Publikationswesen. Er fragt danach, welche Effekte neuartige Kalkulationsmethoden zeitigen und ob diese dem wissenschaftlichen Feld zum Vorteil oder Nachteil gereichen, sprich: ob der Einsatz bibliometrischer Kalkulationen das wissenschaftliche Feld eher Richtung Autonomie oder Heteronomie tendieren lässt.

Allerdings operiert auch Geißler aufgrund seiner feldtheoretischen Implikationen ohne spezifischen Organisationsbegriff, auch wenn er die Bedeutung von Organisationen als »Schnittstelle« für feldspezifische Veränderungsprozesse sehr wohl anspricht (vgl. ebd.: 165-172; 216ff.).

Einen differenztheoretischen Entwurf von Ökonomisierung, der die Eigenlogik von Organisationen und Professionen ausdrücklich in seine theoretische Konzeption integriert, hat Thorsten Peetz (2014) vorgelegt. Für Peetz' systemtheoretisch inspirierte Arbeit zeigt sich Ökonomisierung nicht nur auf gesellschafts- oder feldsondern vor allem auf organisationstheoretischer Ebene, wenn sich »organisationale Zweck- und/oder Konditionalprogramme inhaltlich am Problem der Knappheit oder am Programm der Profitmaximierung orientieren, wenn Kommunikationswege eingerichtet werden, in denen Koordination über die wechselseitige Beobachtung im Medium des Geldes abläuft, wenn Personen von sich und anderen die profitable Nutzung von Ressourcen erwarten oder wenn Stellenstrukturen durch Flexibilisierung dem Programm der Profitmaximierung unterworfen werden« (ebd.: 88).

Am Beispiel von Reformen in der Bildungsorganisation »Schule« identifiziert Peetz zwei grundlegende »Mechanismen der Ökonomisierung«: »Schulentwicklung« und »Quantifizierung«. Schulentwicklung verankert Peetz in den »Arbeitsorientierungen der Schulleitungen«, die zunehmend am »ökonomischen Problem der Knappheit« (ebd. 172) ausgerichtet seien. Dieser Mechanismus erscheint als organisationsinternes Verhältnis, das vor allem an der für systemtheoretische Maßstäbe überraschenden Bedeutung von *Personen* ansetzt, die sich auf Grundlage professioneller Orientierungen über neue »Arbeitsanforderungen« auseinandersetzen. Gleichwohl verweisen die für die Bildungsorganisation Schule spezifisch losen Kopplungen zwischen organisationsinternen »Öffentlichkeiten« (wie den genannten Lehrerräten, Steuergruppen oder erweiterten Schulleitungen), den Erwartungen der Schulleitung und den professionellen Orientierungen des Kollegiums auf organisationsspezifische Effekte, die Ökonomisierungsprozesse (in diesem Fall: abmildernd) bedingen. Quantifizierung hingegen zeige sich als »Produktion vergleichbarer Daten« in Form des Zentralabiturs oder der Pisa-Vergleichsstudien als »Spiel über Bande« (ebd.: 174), das einerseits zur Gefahrenquelle für die Autonomie der Lehrenden gerate, die nun in ihren Leistungen als Bewertungsinstanzen vergleichbar erscheinen und daran gemessen würden. Andererseits gerieten die Daten auch zum Anknüpfungspunkt externer Erwartungen der Umwelt an die Organisation, nämlich seitens der Eltern, die zunehmend darauf ausgerichtet seien, den schulischen Erfolg als Indikator für den späteren Erfolg am Arbeitsmarkt zu werten. Dieses Spiel hänge aber, so Peetz (ebd.: 173, Hervorhebung im Original), auch davon ab, dass »die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft der Schülerinnen auf die Bildung der Person bezogen und damit als ein pädagogisches Problem aufgefasst wird.«

Hier zeigt sich schön, wie voraussetzungsreich die wissenschaftliche Beobachtung einer organisationalen Praxis ausfällt, anhand derer eine gesättigte Rekonstruktion von Ökonomisierungsprozessen gelingen kann. Quantifizierung, als auch eine an Mittelknappheit orientierte Schulentwicklung, werden nur als Mechanismen der Ökonomisierung nachvollziehbar, wenn gesellschafts-, organisations- und professionstheoretische Aspekte Berücksichtigung finden. Dennoch ist mit Blick auf den methodischen Forschungsansatz von Peetz (vgl. ebd.: 148–151) festzuhalten, dass Ökonomisierungsmechanismen hier mit Hilfe einer *qualitativen Inhaltsanalyse* untersucht und so auf einer rein sprachlichen Ebene zu textbasierten Narrationen, sog. »stories«, verdichtet wurden. Wie Peetz (ebd.: 151, Fußnote 168) selbst bemerkt, können »Beschreibungen, die soziale Systeme über sich anfertigen, Aufschluss darüber geben [...], was in ihnen passiert«, gleichwohl lässt sich so nicht zu einer *Ebene der Praxis* durchdringen, die den impliziten Vollzug von Ökonomisierungsprozessen zutage fördert.

Bevor die praxis- wie organisationstheoretische Perspektive dieser Arbeit entwickelt wird, müssen noch drei weitere Prämissen, die ein differenztheoretischen Verständnis von Ökonomisierung bedingen, formuliert werden. Zunächst geht es um eine Kultur der Rationalisierung, wie sie Max Weber paradigmatisch als Kennzeichnen westlicher Gesellschaften herausgearbeitet hat. Anschließend wird der Begriff der Quantifizierung diskutiert, der das Problem verfügbarer Messinstrumente und -objekte betont, die es erlauben, vormals qualitativ verstandene Objekte, Werte und Praktiken mittels einer spezifischen Beobachtungsperspektive miteinander in Beziehung zu setzen und zu vergleichen. Zu guter Letzt steht der Begriff der Kalkulation im Fokus, der eine spezifische Anwendung technischer Mittel der Berechnung meint, die zur Beobachtung von Ökonomisierungsvorgängen notwendig vorausgesetzt werden müssen.

2.2.2 Rationalisierung

»Wer Kultur sagt, sagt auch Verwaltung. Ob er will oder nicht. Die Zusammenfassung von so viel Ungleichnamigem wie Philosophie und Religion, Wissenschaft und Kunst, Formen der Lebensführung und Sitten, schließlich dem objektiven Geist eines Zeitalters unter dem einzigen Wort Kultur verrät vorweg den administrativen Blick, der all das, von oben her, sammelt, einteilt, abwägt, organisiert.« (Adorno 1960: 101)

Rationalisierung ist zweifelsfrei in Debatten über Ökonomisierung ein zentraler Aspekt. Zumeist taucht der Begriff im Kontext unternehmerischer Entscheidungen auf, die darauf abzielen, als unwirtschaftlich bewertete »Kostenstrukturen« zu verbessern, womit vielfach verbunden ist, dass Personal abgebaut – wie es dann oft heißt: »wegrationalisiert« – wird. Unternehmen, die derartige »Rationalisierungsmaßnahmen« forcieren, richten ihre Entscheidungen idealtypisch an der Frage aus, welche Mittel geeignet sind, um ein gesetztes wirtschaftliches Ziel bestmöglich zu erreichen. In einer kapitalistischen Wirtschaft werden damit in aller Regel das Effizienz- und Erwerbsprinzip angelaufen, da es sich bei Rationalisierungsprozessen mit Max Weber um die Nutzung von »Gegenständen der Außenwelt und von andren Menschen« als Mittel für »rational, als Erfolg, erstrebte und abgewogene eigene Zwecke« (Weber 1922: 27) handelt. Ein sparsamer Ressourcenverbrauch (»Kosteneffizienz«) ist so besehen nicht als Selbstzweck zu begreifen, sondern ein Mittel, um das rational verfolgte Ziel der Gewinnerwirtschaftung zu erreichen. Im öffentlichen Sektor – etwa im Gesundheitswesen – wird besonders häufig nach Rationalisierung gerufen, da dort besonders große »Effizienzreserven« (vgl. Augurskey et al. 2009²³) vermutet werden. Die Steigerung von Produktivität und Effizienz dient hier nicht zwangsläufig erwerbswirtschaftlichen Interessen, da sie auch zum Wohle des solidarisch erbrachten Versicherungsrahmens bzw. des staatlichen Finanzaushaltes als auch zur Steigerung der erbrachten Leistungen eingefordert werden kann (hierzu mehr unter 4.2). Dahinter verbirgt sich zweierlei: zunächst lässt sich in der Aneinanderreihung von Zweck-Mittel-Ketten eine spezifische Form sozialen Handelns erkennen, die Max Weber »zweckrational« nannte. Dies planmäßige, abwägende Hinarbeiten auf ein möglichst günstiges Verhältnis von »Zweck, Mittel und Nebenfolgen« (ebd.) nach Maßgabe »wertrationaler« Gebote oder eigener nach »Dringlichkeit« gestufter Präferenzen (der Idee eines Grenznutzens, siehe hierzu weiter oben bei Walras 2.1.2) ist für Weber jedoch nicht bloß als ökonomisches Rechenexample zu verstehen, sondern bedeutungsvoller Ausdruck einer hierfür typischen »Verantwortungsethik«. Hierin ist – im Gegensatz zu einer »Gesinnungsethik« – dem ökonomisch handelnden Individuum in seiner praktischen Lebensführung aufgegeben, dass es »für die (voraussehbaren) Folgen seines Handels aufzukommen hat« (Weber 1988: 551, [1919]). Die Verquickung individueller Verantwortung mit einem Typus sozialen Handelns weist somit weit über den methodischen Charakter Webers verstehender Soziologie hinaus, in Richtung seiner »Sozialökonomik« (vgl. Weber 1980 [1922]; Mauer 2010). Für den Kultur- und Wirtschaftsso-

23 Die Studie wurde vom RWI Essen (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, heute Teil der Leibniz-Forschungsgemeinschaft) in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Gesundheitsökonomik der Universität Duisburg-Essen erarbeitet und im Übrigen von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegeben. Siehe zum Hintergrund der Initiative Speth (2004), Molzberger (2010) sowie weiter oben in Kapitel 2.1.2.

ziologen Weber nämlich, stehen Zweck-Mittel-Rationalität und korrespondierende Wirtschafts- und Verantwortungsethik zweitens in Zusammenhang mit der Herausbildung eines »spezifisch gearteten ›Rationalismus‹ der okzidentalnen Kultur« (Weber 1986: 10, [1920]), der auf einer gesellschaftlichen Ausdifferenzierung in unterschiedliche »Wertsphären« beruht, die zu neuen Formen der Vergesellschaftung führen.²⁴

Den Einfluss des Rationalismus²⁵ aufgreifend, beobachtet Weber Rationalisierung als eine übergreifende gesellschaftliche Entwicklung, als einen »Fortschritt zum bürokratischen, nach rational gesetztem Recht und rational erdachten Reglements judizierenden und verwaltenden Staat«, der »in engstem Zusammenhang mit der modernen kapitalistischen Entwicklung« steht (Weber 1980: 825, [1922]). Für Weber steht fest:

»Der moderne kapitalistische Betrieb ruht innerlich vor allem auf der Kalkulation. Er braucht für seine Existenz eine Justiz und Verwaltung, deren Funktionieren wenigstens im Prinzip ebenso an festen generellen Normen rational kalkuliert werden kann, wie man die voraussichtliche Leistung einer Maschine kalkuliert. (ebd.)

Wie hier deutlich wird, erkannte Weber im Rechnen nicht nur eine Technik, sondern ein soziales Phänomen, das er als Gegenstand einer Soziologie des Rechnens anlegte, aber nie systematisch ausformuliert hat (hierzu mehr im Unterabschnitt zur Kalkulation). Er erkennt einen Zusammenhang zwischen Rechen- und Herrschaftspraktiken und leitet hiervon den Leitgedanken okzidentalner Gesellschaften ab, der sich im *Glauben* manifestiert, »alle Dinge – im Prinzip – durch *Berechnen beherrschen*« (Weber 1985: 593, Hervorhebungen im Original, [1919]) zu können. Was zunächst vermassen klingt, entspringt allerdings keiner utopischen Setzung, sondern tritt im Gegenteil als *Temperierungseffekt* in Erscheinung: die geistige Ausein-

24 Weber nennt hier die Sphären »Religion, Ökonomie, Politik, Ästhetik, Erotik und Intellektualismus«, ohne diese im Einzelnen näher zu definieren.

25 Die rationalistische Kultur nimmt seinen Ausgang im kontinentaleuropäischen Rationalismus von René Descartes (sog. Cartesianismus), dessen methodologisches Projekt eine völlig neue wissenschaftliche Erkenntnis nach dem Vorbild der Geometrie entwarf. Descartes postulierte in seinen erkenntnistheoretischen Schriften ein »distinktes Erfassen des reinen und aufmerksamen Geistes« (Descartes 1982, Band X: 368, zit.n. Perler 2006: 53) mit Hilfe »zweifelsfreier Propositionen« (ebd.: 56) der Mathematik als umfassender, paradigmatischer Leitwissenschaft. Diese »mathesis universalis« verkörpert der Cartesianismus als Durchsetzung einer neuzeitlichen Form von Vernunft, die dem bewusstseinsmäßigen Denken eine Vorrangstellung im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess zuweist und auf der logischen Verknüpfung mathematischer Objekte beruht. Damit einher geht eine skeptische bis zumeist ablehnende Haltung gegenüber der Nützlichkeit von körperlichen Erfahrungen und Sinnesindrücken für wissenschaftliche Untersuchungen (Descartes 1982, VII: 12, zit.n. ebd.: 83: »um den Geist von den Sinnen wegzuführen«, siehe dazu ausführlicher Kapitel 3.4.2).

andersetzung mit der Welt führt unweigerlich zur planvollen Umgestaltung derselben nach Maßgabe einer »kühlen« rechnenden Vernunft. Im gleichen Sinne beschreibt Weber den Kapitalismus als ein auf »friedlichen Erwerbschancen« basierende Wirtschaftsform und bemerkt: »Schrankenloseste Erwerbsgier ist nicht im mindesten gleich Kapitalismus, noch weniger gleich dessen »Geist«. Kapitalismus kann geradezu identisch sein mit *Bändigung*, mindestens mit rationaler Temperierung, dieses irrationalen Triebes.« (Weber 1986: 3, Hervorhebungen im Original, [1920]) Rationalisierung erstreckt sich in Webers Untersuchungen auf drei Ebenen (vgl. Kieser 2006: 66):

- 1 Auf der Ebene der Institutionen als Entwicklung hin zu einer (idealtypisch verstandenen) rationalen Form legitimer Herrschaft als einer »satzungsmäßigen Herrschaft« (Weber 1980: 124, [1922]) bürokratischer Verwaltungen, die auf den Prinzipien der Unpersönlichkeit, Sachlichkeit und Berechenbarkeit beruhen.
- 2 Auf der Ebene der praktischen Lebensführung im Sinne einer rationalen, d.h. zunehmend methodisch kontrollierten und »konsistent nach eigenen Wertorientierungen« (Kieser 2006: 76) vollzogenen Gestaltung des eigenen Lebens, wobei das verantwortungsethische Grundprinzip sich vor allem »im beständigen Sich-Rechenschaft-Ablegen über Motive und Folgen des eigenen Tuns« (Abramovski 1966: 162, zit.n. Kieser 2006: 76) äußert.
- 3 Auf der Ebene der Weltbilder bezeichnet Rationalisierung den Übergang von »magischen« zu religiösen Weltbildern, der sich als stetiger Prozess der »Entzauberung der Welt« darstellt und schließlich im Calvinismus als »aktive innerweltliche Askese« vollendet wird, welcher Berufsarbeit und eine sparsame Lebensführung zur Mehrung von Gottes Ruhm einsetzt und damit den »Geist des Kapitalismus« hervorbringt (sog. Protestantismusthese Weber 1986 [1920]; sowie Boltanski/Chiapello 2003 zu einem »neuen Geist des Kapitalismus«).

Rationalisierung erscheint so als »potentielles Mittel der Ökonomisierung« (Höhne 2015), die ihre Kraft aus einer mathematisch genauen Berechnung von Zweck-Mittel-Verhältnissen bezieht, die in Betriebsstrukturen kapitalistischer Unternehmen und staatlicher Behörden zur planmäßigen, regelbasierten, verlässlichen und somit kontrollierbaren Erreichung gesetzter Ziele unter Berücksichtigung möglichst optimaler Mitteleinsätze beitragen. Gleichzeitig ist Rationalisierung nicht losgelöst von kulturellen Aspekten zu verstehen: Die Gültigkeit unpersönlicher Sitzungen bürokratischer Organisationen setzt eine Korrespondenz mit individuellen Wertorientierungen und gesellschaftlichen Kategorien voraus. Wie dieses rationalistische Programm dahingehend weiter aufzuschlüsseln ist, zeigt sich im nächsten Schritt.

2.2.3 Quantifizierung und Vergleich

»Es gibt zweitens ein ganzes Corpus, vor dem sich wie durch ein Wunder ein Gleichklang herstellt, das ist das Corpus der Mathematik. Darüber diskutiert man nur am Rande, unter Forschern und hinsichtlich vorgeschoßener Punkte. Über den ganzen Rest gibt es keinerlei Streit. Man kann Antidarwinist sein, [...] kann das Marktgleichgewicht überlisten, aber man kann nicht die Addition und die Subtraktion verfälschen. [...] Die Mathematik ist die Übereinstimmung, die zwischen uns herrscht. Der Kreis hat einen Mittelpunkt, die Ellipse deren zwei, was sollte man dagegen einwenden? In gewisser Weise ist die Mathematik ein Wir. Gewiß gilt dies nicht für die geschlossenen Zirkel, in denen Neues erarbeitet wird, wohl aber gilt es in dem Maße, wie sie verstanden wird. Sie ist ein noch neues Wir [...] – mit immensen Folgen, darunter auch der, daß wir uns ein gemeinsames, ideales Bild malen. Ein illusorisches? Wenigstens über die Zahlen sind wir uns einig.« (Serres 1983: 189)

Die Entwicklung einer rationalistischen Kultur des Okzidents, wie sie Weber postulierte, beruht nicht nur auf der legitimen Herrschaft formaler, unpersönlicher Satzungen, einer rationalen Lebensführung und dem Vorhandensein bürokratischer Strukturen in Justiz, Wirtschaft und Politik. Sie impliziert ferner Methoden, Praktiken und Techniken, mit deren Hilfe die rationalistische Kultur und Erkenntnistheorie (dem oben in Fußnote 24 beschriebenen Cartesianismus) in der gesellschaftlichen Wirklichkeit verankert und (re)produziert werden kann. In der wirtschaftlichen Sphäre lässt sich dies anhand der folgenden Frage exemplifizieren: Auf welcher Grundlage können so mannigfaltige Dinge wie Hüftprothesen, Fisch oder Sterbehilfe einer ökonomischen »Verwertbarkeit« zugeführt werden? Wie gelingt es, derartige Dinge als alltägliche Güter in einer kapitalistischen Wirtschaft zirkulieren zu lassen? »Ganz einfach!« könnte entgegnet werden: »Es muss ihnen nur ein Preis und ein Warenetikett anheften«. Auch lassen sich Gewinne und Verluste nur

dann kalkulieren und als Geschäftserfolg ausweisen, wenn zuvor ein Weg gefunden wurde, die Gegenstände (gewinnbringend) zu handeln und als Geldeinheiten in Bilanzen auszudrücken.²⁶

In der Debatte um eine Ökonomisierung gesellschaftlicher Teilbereiche spielt dies eine wesentliche Rolle. Wenn etwa von »Monetarisierung« im Zusammenhang mit Ökonomisierung gesprochen wird, ist damit eine Messbarmachung und damit *Umwertung* von nicht-ökonomischen Objekten in Folge einer quantitativen Messung – etwa in Werten des Geldes – gemeint. Die Umwertung ergibt sich in einer kapitalistischen Wirtschaft laut Georg Simmel (1930: 30, [1900]), da »die Dinge ihren Wert durch einander« ausdrücken und sich »Wertverhältnisse [etablieren], deren Inhalt schon in den Dingen selbst liegt: das Quantum eines Objekts entspricht an Wert dem bestimmten Quantum des anderen Objekts, und diese Proportion steht als etwas objektiv Angemessenes und gleichsam Gesetzliches jenen persönlichen Motiven – von denen sie ausgeht, in denen sie endet – [...] gegenüber«. Der tiefere Sinn einer solchen Übung ist es häufig, nicht nur Häufigkeiten und Ausmaße von Objekten anzugeben, sondern insbesondere darin, diese mittels des gleichen, eben quantitativen Maßstabs miteinander vergleichen und hierdurch ihren Wert *relational* und unabhängig vom »subjektiv-personalen Unterbau« (ebd.) ermitteln zu können. Verhältnisse, die angemessen und gesetzlich erscheinen, können eine besondere objektive Geltung für sich in Anspruch nehmen. Eine Geltung, die zugleich faktisch und normativ erscheint.

Um diesen Komplex besser zu verstehen, werden im Folgenden zwei hierfür zentrale Begriffe – »Quantifizierung« und »Kalkulation« – aufgegriffen und diese zugleich analytisch auseinandergehalten, gerade weil sie häufig synonym verwendet werden und doch Unterschiedliches bezeichnen (vgl. Geißler 2016: 64; Heintz 2007, 2010). Die These lautet, dass Quantifizierung für die *Zählbarmachung* von Objekten steht, die durch einen gemeinsamen quantitativen Maßstab als Quanten gemessen, kategorisiert und miteinander in ihren numerischen Werten verglichen werden können. Mit Kalkulation hingegen ist die spezifische Technik gemeint, die *Relationierung* von *Quanten* durch *Berechnung* zu erzeugen. Das Rechnen zeichnet aus, dass es als Ergebnis seiner Operationen einen neuen inkrementalen *Tatbestand* hervorbringt, der Ausdruck eines rechnerisch bestimmten, optimalen Verhältnisses von Quanten ist (vgl. die grundlegenden Bestimmungen bei Sombart 1902/1927; Weber 1980 [1922]).

Bevor dies im Einzelnen ausgeführt wird, beginnt die Betrachtung mit einer allgemeineren Annahme der vorliegenden Untersuchung, die besagt, dass Prozesse der Ökonomisierung von der Verfügung über Größen abhängen. Tatsächlich un-

26 Man spricht dann von Ökonomisierung als »Kommodifizierung« und »Monetarisierung«, vgl. Geißler (2016) für eine Diskussion dieser und weiterer Begriffe, die als Ökonomisierung verstanden werden.

terliegen wirtschaftlichen Größen wie Preise oder Bilanzen keine einfachen, sondern höchst komplexe, voraussetzungsreiche und daher arbeitsintensive Prozesse der Verdinglichung. Zunächst verweist die Frage nach Größen, nach einem »wie viel« auf die Tätigkeit des Zählens und damit auf *Zahlen*. Die Betrachtung von Größen mit Hilfe von Zahlen läuft darauf hinaus, Aussagen über Mengen (und deren Verhältnisse) zu produzieren. Zahlen sind Mengenbegriffe und repräsentieren das Ergebnis eines Zählvorgangs. Mit ihrer Hilfe lassen sich Dinge in eine Ordnung des Größer oder Kleiner bringen. Das lateinische Wort für Menge, für das Ausmaß oder die Größe einer Sache, ist *Quantum*. Es gibt an, wie häufig, also in welcher Anzahl, ein gegebenes Element vorliegt und versieht dieses mit einem *numerischen Wert*. Damit ein solcher bestimmt werden kann, muss er zunächst durch einen *Messvorgang* erzeugt werden: »Die Produktion von Zahlen setzt Messung voraus.« (Heintz 2007: 74) Der Vorgang einer numerischen Wertermittlung durch Messung wird gemeinhin als *Quantifizierung* bezeichnet. In seiner einfachsten Form lässt sich z.B. die Größe einer Schulkasse durch die Zählung seiner Schüler *messen* und damit quantifizieren. Wesentlich anspruchsvoller wird es, wenn etwa in wirtschaftlicher Hinsicht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechnet werden soll. Dazu bedarf es einer amtlichen Statistik, die die flächendeckende Erhebung wirtschaftlicher Daten einer ganzen Volkswirtschaft organisiert.

Was durch Messungen gezählt und in einem zweiten Schritt verglichen wird, ist zunächst prinzipiell offen, solange es sich nur in Zahlen ausdrücken lässt. Insofern handelt es sich bei Quantifizierung um eine außerordentliche »Übersetzungsleistung«, wonach »Phänomene, Eigenschaften oder Beschaffenheiten eines Sachverhalts [...] in einer allgemeinen, abstrakten und universell anschlussfähigen Sprache repräsentiert [werden], der der Mathematik.« (Mau 2017: 27) Durch Messung oder durch die »Transformation qualitativer Urteile, Einsichten und Beobachtungen in Zahlenwerke« (ebd.) wird eine analytische Distanzierung möglich, die einem »Objektivierungsschritt« (ebd.) gleichkommt. Numerische Abstraktion und Objektivierung vollziehen sich als Loslösung (»Entbettung«, ebd.) von situativen, örtlichen sowie persönlichen Aspekten des Sozialen. Damit ist angedeutet, dass Zahlen bzw. numerische Produkte über eine eigene Aussagekraft und Wirkung verfügen, insbesondere in wirtschaftlichen Zusammenhängen. Allen Auslandsreisenden dürfte die Erfahrung geläufig sein, dass es selbst bei vollkommener Unkenntnis der Sprache, der räumlichen Begebenheiten wie der kulturellen Gepflogenheiten des Landes in der Regel problemlos gelingt, die dort feilgebotenen Waren zu kaufen. Vor allem mit Hilfe des Geldes werden aus Reisenden zahlende Touristen, denen sich die fremde Welt zunächst durch das erschließt, was käuflich ist. Doch wie kommt diese Verständigung zustande? Warum ist Geld überall *geläufig*?

Bevor eine Beantwortung dieser Fragen erfolgt, muss zunächst geklärt werden, wie die damit angesprochene Übersetzungsleistung des Geldes auf einer allgemeineren Ebene der Quantifizierung verstanden werden kann. Die Übersetzung ge-

lingt, weil Zahlen und andere (wissenschaftliche) Zeichen – um mit Bruno Latour (2006b: 266, Hervorhebungen im Original) zu sprechen – »unveränderlich mobile Elemente« (»immutable objects«) sind. Sie sind »mobil, aber auch unveränderlich, präsentierbar, lesbar und miteinander kombinierbar«. Damit ist gesagt, dass es sich bei ihnen um verlässliche, hinreichend stabile und zugleich bewegliche Elemente handelt. Durch Aufzeichnungs- und Messtechniken werden die mobilen Elemente erzeugt und prägen den untersuchten Objekten etwas ein, das ihre Verbreitung erleichtert. Latour will beschreiben, wer oder was an der Konstruktion einer (wissenschaftlichen) Tatsache beteiligt ist. Er hat dafür den Begriff der Einschreibung (»Inskription«) geprägt, im Zuge dessen quantitative und visuelle Marker in Form von Tabellen, Grafiken und Diagrammen dem untersuchten Objekt (etwa einer Gesteinsformation, einem Korallenriff oder einer seltenen Vogelart) Gewicht nehmen, es verkleinern und buchstäblich um die Welt wandern lassen. Die Virtualität der Marker erlaubt es, die Objekte einerseits in numerischen Werte zu repräsentieren und zu fixieren. Gleichzeitig ist aber immer auch Kontingenz enthalten, da sie stets zerlegt und neu zusammengesetzt und damit das bisherige »Bild« verzerren können. Anders formuliert: mittels Zahlen bzw. Quantifizierung lassen sich Tatsachen als *bewegliche Ordnungen* konstruieren (siehe Kornberger et al. 2019 für eine diesbezügliche theoretische Ausbuchstabierung in Richtung flexibel »denkender« kalkulatoriver Infrastrukturen).

Dieser spezifische Ordnungscharakter von Zahlen verweist auf ihre Nähe zu einer anderen »Grundoperation des sozialen Geschehens« (Heintz 2016: 306): dem *Vergleich*. Ein Vergleich zeichnet sich durch eine »Kombination von *Gleichheitsunterstellung* und *Differenzbeobachtung*« (ebd.: 307, Hervorhebungen im Original) aus. Die Vergleichbarkeit beruht auf der Annahme, dass die herangezogenen Dinge in bestimmter Hinsicht äquivalent, also gleichwertig sind, und sich daraufhin einer gemeinsamen *Kategorie* zuordnen lassen. Umgekehrt beruhen Kategorien ihrerseits auf Vergleichen, denn ohne einen vorangegangenen Vergleich können Dinge nicht dieser oder jener Kategorie zugeordnet werden. Vergleiche sind eben vor allem *Maßstäbe* und insofern Teil von Quantifizierung.

An der tradierten Geschlechterdichotomie lässt sich dies verdeutlichen: die Zuordnung zur Kategorie »Mann« oder »Frau« basiert zunächst auf der Gleichheitsannahme, die über eine dritte Kategorie, »Geschlecht«, wirksam wird. Männer und Frauen verfügen beide über ein Geschlecht, das macht sie vergleichbar. Das »Geschlecht«, obwohl selbst eine Kategorie, fungiert hier als Vergleichskriterium, als ein Drittes (*tertium comparationis*), das zum Aufbau einer simplen, verständlichen und deshalb stabilen Geschlechterordnung beiträgt. Das Vergleichskriterium ist so wirkungsvoll, weil es der *sozialen Zuschreibung* aufsitzt, es gäbe im Sinne der sog. primären Geschlechtsmerkmale lediglich zwei Geschlechter. Dies leistet eine enorme Komplexitätsreduktion und gibt das Verhältnis von Frau und Mann *binär* an, womit die »numerische Differenz« (Heintz 2010) zwischen beiden festgeschrieben

wird. Dass hinter der numerischen Differenz von Frauen und Männern als strikt voneinander unterschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Merkmalen immer auch »Wertzuweisungsprozesse« (Mau 2017: 27) stehen, zeigt sich bis heute an einer ausgeprägten geschlechtsspezifischen sozialen Ungleichheit, die maßgeblich an der Stabilisierung einer »heterosexuellen Matrix« (Butler 1991) beteiligt ist.

Jenseits geschlechtsspezifischer Ungleichheit kommt hiermit die Funktion von Vergleichen als *Sortiermaschinen* zum Ausdruck. Sie sind aktiv am Prozess eines »Sorting Things Out« (Bowker/Star 2000) beteiligt, weisen Objekten gewisse Kategorien zu, *formatieren* sie und machen sie hierdurch sozial adressier- und verfügbar. Damit gehören sie zum Repertoire der immensen »Standardisierungsleistungen« (Heintz 2010: 169f.) moderner Gesellschaften, die nicht nur übergeordnete Klassifikationssysteme (z.B. Regionen, Gewerbegebiete, Wirtschaftszweige, Berufsgruppen) stabilisieren, sondern auch auf ganz praktischer Ebene einen quantitativen Zugriff auf Objekte und deren sozial akzeptierter Nutzung ermöglichen. Sie leisten »Abstraktion und Komplexitätsreduktion« (vgl. Heintz 2007: 74): verwiesen sei nur auf die zahlreichen nationalen wie internationalen Normen, die beispielsweise helfen, Schriftstücke (Papierformate, die in Klassen unterteilt sind, z.B. DIN A4), die Messung ökologischer Effekte von Produkten (Ökobilanzanalysen ISO 14044) oder die Verfolgung von Qualitätsmanagementzielen in Unternehmen (ISO 9001) zu vereinheitlichen.

Eine spezifische, in der Moderne besonders weit verbreitete Variante sind quantitative Vergleiche in Form von Statistiken, Rankings, Ratings und dergleichen mehr, denen sich auch die vorliegende Arbeit empirisch widmet. Quantitative Vergleiche beruhen auf »Kommensurabilität« (Espeland/Stevens 1998). Damit ist angezeigt, dass unterschiedliche Dinge durch das Finden einer gemeinsamen Maßzahl, einer »common metric« (ebd.), vergleichbar gemacht werden. Zur Illustration kann hier das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als eine der hervorstechendsten Metriken überhaupt herangezogen werden: Es erzielt Äquivalenz über die Kategorisierung seiner Messeinheiten als inländisch produzierende Nationalökonomien bzw. Volkswirtschaften. Diese werden dann anhand des Vergleichskriteriums »Leistungsfähigkeit« differenziert und in einer Rangliste geordnet. Die Messung der Veränderungsrate des BIP über die Zeit führt zur Messung des Wirtschaftswachstums, das neben seiner Verdichtung zur wichtigsten Kennziffer der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch als unmittelbarer Ausdruck der globalen Wettbewerbsfähigkeit sowie des materiellen Wohlstands moderner Gesellschaften betrachtet wird. Unter diesen und anderen Aspekten können dann – anhand *einer einzigen* Maßzahl wahlgemerkt! – sämtliche Gesellschaften der Erde miteinander verglichen oder auch zu anderen Kennziffern (z.B. Einwohnerzahl eines Landes/BIP = BIP pro Kopf bzw. Einwohner) in ein Verhältnis gesetzt werden. Ein eindrückliches Beispiel für die »Macht der einen Zahl« (Lepenies 2013).

Gleichwohl ist (numerischen) Vergleichen zwangsläufig eine gewisse Selektivität inhärent, fungieren sie doch als »komplexeste Ordnungsform, indem sie kategoriale Vereinheitlichung, Differenzbeobachtung und Relationierung kombinieren« (Heintz 2016: 309). Letzterer Begriff der Relationierung verweist auf den Umstand, dass Vergleiche nicht nur eine numerische Differenz erzeugen, sondern auch einen »Vergleichszusammenhang« (ebd.: 317) zwischen den verglichenen Elementen stiften, dem sie sich nicht ohne Weiteres entziehen können. In den weltweit bekannten und einflussreichen Pisa-Rankings werden Nationalstaaten als Bildungsakteure kategorisiert, deren Leistungsfähigkeit über quantitative Messungen erhoben und unentwegt verglichen werden. Hierdurch sind alljährliche *Positionsänderungen* innerhalb eines festen Vergleichsrahmens möglich, der für alle Beteiligten sichtbar in der Öffentlichkeit produziert und verhandelt wird. Dies zeigt sich auch an einer weit verbreiteten Kritik am BIP, die auf die Eindimensionalität der Messung hinweist. Im BIP werden lediglich diejenigen Leistungen einer Volkswirtschaft erfasst, für die ein Marktpreis angegeben werden kann und so etwa wirtschaftliche Aktivitäten in der sog. Schattenwirtschaft oder Pflege- und Sorgearbeit unberücksichtigt bleiben. Auch lässt der einseitige Fokus auf die Zunahme der produzierten Güter als Quelle gesellschaftlichen Wohlergehens außen vor, dass hierfür noch andere Aspekte wie ökologische Nachhaltigkeit, Frieden oder gesellschaftliche Solidarität von großem Wert sind.

Nichtsdestotrotz: Mit Zahlen wird gerechnet (im doppelten Sinne), denn sie suggerieren Eindeutigkeit, Exaktheit und damit Verlässlichkeit. So lange sich auf keine andere Maßzahl geeinigt wird, dürfte das BIP der öffentlichen Debatte weiter als wichtige Referenz dienen. Auch weil Zahlen und numerische Vergleiche, kommunikationstheoretisch gewendet, in Form der Quantifizierung eine »besonders effiziente Form« moderner Kommunikation darstellen, die besonders geeignet ist, »Akzeptanz herzustellen« (Heintz 2010: 162). Sie tragen einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach rationaler Berechenbarkeit sozialer Zusammenhänge, nach einer »Vereindeutigung der Welt« (Baur 2018) Rechnung und wirken an einer »numerischen Welterzeugung« (Heintz 2012) mit.

Wird Quantifizierung dergestalt als Kommunikationsmedium begriffen, das Ansprüchen gesellschaftlicher Ordnung und Effizienz genügen soll, führt dies zu folgender schwerwiegender Feststellung: Quantifizierung ist kein Produkt wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern hat seinen Stellenwert sozialen Zuschreibungen zu verdanken (vgl. Heintz 2007). Dies widerspricht einer weitverbreiteten Überlieferung, die Alfred Crosby (1997) als einen übergreifenden Realitätsbezug westlicher Gesellschaften herausgearbeitet hat. Für die Zeit zwischen 1250 bis 1600 zeichnet er die europäische Entwicklung einer »quantitative perception« nach, die sich aus der Wiedergeburt der exakten Naturwissenschaften entwickelte und allmählich mittels messender Objekte und Praktiken (wie mechanischen Uhren, doppelter Buchführung oder geometrisch exakten Landkarten) auch im gesellschaft-

lichen Alltag der Menschen niederschlug. Die quantitative Erfassung von Realität löste das bis dato gültige qualitative System (»Venerable Model«) auf Grundlage ganzheitlicher Kosmologien ab, das Realität als heterogen und ungleich auffassste. Unordnung oder das totale Chaos (=Nichts) wurden in dieser Anschauung allein durch Gottes Existenz und Wirken verhindert. Das neue Ordnungsbedürfnis im ausgehenden Mittelalter machte einer universellen Messbarkeit (»Pantometry«) Platz, die die zuvor schon zitierte, wissenschaftlich-rationale »Entzauberung der Welt« vorantreiben sollte. Zahlen pflegen somit ein enges Verhältnis zu den Wissenschaften, fungieren sie doch als *wissenschaftliche* Objekte in verschiedenen Bereichen der Mathematik.

Zahlen werden daher – wie bereits ersichtlich wurde – häufig als Synonym von Rationalität verstanden: Diese Annahme schwingt bei Max Webers Analysen der okzidentalen Rationalisierung mit, wenn er die »mathematisch und experimentell exakt und rational fundierten Naturwissenschaften« (Weber 1986: 9, [1920]) vornehmlich als *Mittel* betrieblich-kapitalistischer, bürokratischer, lebensweltlicher Rationalisierung versteht. Der Symbiose von Rechen- und Herrschaftspraktiken unter dem Banner der Rationalisierung trägt er in seinen Analysen und Heuristiken ausführlich Rechnung, sie verleiten ihn jedoch nicht dazu, nach dem *spezifischen Wissen* der Mathematik und Naturwissenschaften zu fragen. Weber lässt in seinen Analysen außer Acht, dass es einen Unterschied geben könnte zwischen dem *kulturellen Zugriff* auf die Recheninstrumente der Mathematik und Naturwissenschaften im Rahmen der okzidentalen Rationalisierung einerseits und den Regeln andererseits, nach denen diese Wissenschaften selbst funktionieren. Anders formuliert: Weber lässt die Kontextverschiebung außer Acht und hat es damit versäumt zu untersuchen, welchen *Eigenwert* mathematisch-naturwissenschaftliche Erkenntnisse haben. Stattdessen setzte er auf implizite Art und Weise *exakte, verlässliche Berechnungen mit wahren Aussagen* gleich.

Er bringt hier als Modernisierungsforscher zum Ausdruck, was Theodore Porter (1995) in seinem gleichnamigen Buch »Trust in Numbers« genannt hatte. Hinter dem Gedanken steht auch eine wissenschaftstheoretische Wende, die wahre Aussagen nicht mehr auf einer Korrespondenztheorie wissenschaftlicher Sätze mit der äußeren Welt postuliert, sondern Widerspruchsfreiheit in einer selbstreferenziellen Ordnung als Maßstab von Wahrheit nimmt (vgl. Heintz 2007). Im gleichen Sinne hat Porter (1992) darauf verwiesen, Quantifizierung als Ausdruck wissenschaftlicher Objektivität nicht mit Realismus gleichzusetzen. Vielmehr müsse dies Verhältnis zugunsten einer pragmatischen Perspektive aufgelöst werden, die die *vertrauensstiftende Funktion* von Zahlen und Berechnungen für gesellschaftliche Zusammenhänge betont.

Der Korrespondenztheorie der Wahrheit (vgl. David 2016) ist auch aus wissens- und wissenschaftssoziologischer Perspektive häufig widersprochen worden (vgl. die Debatten in den »Science and Technology Studies« (STS), z.B. Knorr-Cetina

1984; Latour 2000; hierzu kritisch: Bloor 1999, weitere Ausführungen zu den STS siehe unter 3.4.1). Wie Bettina Heintz (2007: 71f., vgl. auch dies. 1999) herausgestellt hat, dürfen mathematische Berechnungstechniken nicht mit der Eigenlogik der Mathematik verwechselt werden. Sie weist darauf hin, dass der Formalismus der modernen Mathematik auf der selbstreferenziellen Kombination von *Zeichen* beruht. Berechnungen hingegen bestünden aus *Zahlen*, die ihrerseits stets auf einen »externen Referenten« (ebd.: 66) verweisen, also auf etwas, das *außerhalb* der Berechnungen liegt. Während mathematische Formeln gewissermaßen selbstgenügsam sind, brauchen Berechnungen empirisches Futter: in genau diesem Sinne greifen sie auf quantifizierende Messungen zurück. Damit richtet sich der Blick erneut auf die Entstehungs- und Konstruktionsbedingungen von Zahlen sowie die »Wertzuweisungsprozesse« (Mau 2017: 29), die daran beteiligt sind, ihre gesellschaftliche Relevanz zu konstruieren. Das BIP ist auch deshalb als Maßstab so erfolgreich, weil es lange Zeit die überzeugende *Vermittlung* zweier Kategorien, derjenigen von wirtschaftlicher Produktivität und Wohlstand, leistete. Es hat damit unmittelbare Konsequenzen für zwischenmenschliche Verständigungs- und Aushandlungsprozesse: denn aus Sicht von Mau »ergibt sich eine enge Verbindung zwischen dem *Abschätzen von Werten* im Prozess der Quantifizierung und *Wertschätzung* im Sinne sozialer Anerkennung« (ebd. 31, Hervorhebungen im Original). Diese Verbindung wird offensichtlicher, wenn die Darstellung nun auf die vierte und letzte Prämisse – Kalkulation – einschwenkt.

2.2.4 Kalkulation

»Why not, in other words, seek to produce an individual who comes to act as a self-regulating calculating person, albeit one located within asymmetrical networks of influence and control? [...] Accounting helps to fabricate and extend practices of individualization and responsibility, and it also serves to establish a mutuality or reciprocity between forms of personal identity and the realm of economic calculation. [...] And, most important, this can now be achieved within the formally private domain of the large corporation as well as a range of not-for-profit organizations. The management of almost any organization can be transformed into a complex of incessant calculations. The political and the economic imperatives of liberalism are satisfied simultaneously.« (Miller 2001: 381)

Quantifizierung als das Übersetzen qualitativer Aspekte in numerische Werte und quantitative Vergleiche als das Kategorisieren, Sortieren und Relationieren von »vermessenen Einheiten« (Heintz 2016: 317) können als Vorläufer der Kalkulation betrachtet werden. Auch wenn Rechenvorgänge bei beiden vorangegangenen Schritten möglich sind und auch im Modus von Aussagen wie »Einheit X ist größer/kleiner als Einheit Y« zur Anwendung kommen, geht Kalkulation, so die These, weiter: sie verfährt erst, wenn Zahlen in einen rechnerischen Verwendungszusammenhang gestellt und hierüber Tatbestände mit einer spezifischen Funktion konstruiert werden. Für Fragen der Ökonomisierung sind Kalkulationen so bedeutend, da den kapitalistischen Ökonomien eine besondere Nähe zu ihnen eigen ist: Werner Sombart (1919: 320) erkannte in der »Rechenmäßigkeit« (neben Plan- und Zweckmäßigkeit) einen der Grundpfeiler kapitalistischen Wirtschaftens. Auch für Weber sind – wie schon mehrmals anklang – Rechnen und Wirtschaften wesensverwandt. Insbesondere die »formale Rationalität eines Wirtschaftens« bindet er an »das Maß der ihm technisch möglichen und von ihm wirklich angewendeten Rechnung« (Weber 1980: 44, [1920]).

In seiner Analyse zur »Genesis des Kapitalismus« (1902/1927: 391) beobachtet Sombart unisono, wie es »dem neuen Zweckgedanken allmählich gelingt, sich

das Mittel zu seiner Realisierung – das Wirtschaftsleben – in seinem Sinne völlig umzugestalten«, in dem »er es in eine Reihe von Rechenexempeln auflöst und diese zu einem kunstvollen Ganzen neu zusammenfügt«. Genauer gesagt bedarf die Ausrichtung auf das kapitalistische Erwerbsprinzip (der neue Zweckgedanke, vgl. ebd.: 378–390) zunächst jener berechnenden Mittel, die eine »der kapitalistischen Geschäftsführung entsprechende Systematisierung« (ebd.: 393f.) vollumfänglich garantiert. Die Rede ist von der *doppelten Buchführung*, die auch Doppik oder *Rechnungswesen* genannt wird. Sombart datiert den Beginn des Siegeszuges von Buchführungstechniken auf die Einführung von »Konten« im 13./14. Jahrhundert und deren Popularisierung durch Luca Paciolis Buch »Summa de arithmeticā, geometriā, proportioni et proportionalitā« im Jahr 1494 zurück (vgl. auch Baecker 1992). Mit Hilfe von Konten wurde es möglich, geschäftliche Transaktionen erstmals personenunabhängig numerisch aufzuzeichnen und systematisch nachzuvollziehen (vgl. Sombart 1919: 111ff.). In ihrer weiteren Evolution entwickelten sich Kontoführungs- und Buchhaltungstechniken zu einem »magic mirror in which the adept sees both himself and others« (Crosby 1997: 203; vgl. für einen Überblick ebd.: 199–226; Yamey 1964). Dies verweist neben der bereits im vorherigen Kapitel erläuterten Sortier- und Erinnerungsfunktion von Zahlen auch auf eine Reflexionsleistung, die infolge einer »besonderen Form des Schreibens von Wert« (Vormbusch 2012: 24; vgl. auch Baecker 1992) zugänglich wird, auf die in Kürze eingegangen wird.

Doppelte Buchführung als der »technisch (bisher) höchst entwickelten Form der Buchführung« (Weber 1980: 49, [1922]) beruht sodann auf der speziellen Verrechnungspraxis, »jeden Posten in zwei Konten auf je der entgegen gesetzten Seite zu buchen, sodass ein Konto stets um denselben Betrag belastet wird, für den ein anderes erkannt wird« (Sombart 1919: 113). Auch Weber (1980: 49, [1920]) versteht doppelte Buchführung als »Kontensystem«, dem die »Fiktion von Tauschvorgängen zwischen den einzelnen Betriebsabteilungen oder gesonderten Rechnungsposten zugrunde gelegt wird«. Diese *Fiktion* erlaubt dem Unternehmen die bestmögliche Kontrolle über sämtliche Vorgänge, die innerhalb (etwa zwischen Abteilungen) sowie außerhalb (etwa durch Beziehungen zu Lieferanten, Investoren, Kunden etc.) seiner Grenzen anfallen (vgl. hierzu ausführlicher 3.3.4). Die Erfassung der Geschäftsvorgänge erfolgt jeweils in einem »Buchungssatz«, der den Vorgängen die jeweiligen Beträge (in Form von Soll und Haben) und Konten (z.B. im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung als Kosten und Erlöse oder im Rahmen der Profitabilitätsrechnung als Gewinn und Verlust) zuordnet. Insbesondere für die Errechnung der Geschäftsbilanz in Form des Verhältnisses von Aktiva (Vermögenswerte) und Passiva (Kreditwerte aus Eigen- oder Fremdkapital) und damit für die interne wie externe Rechenschaftslegung eines Unternehmens ist doppelte Buchführung von enormer Bedeutung, sie ist »der vollendete Ausdruck der specificisch-kapitalistischen Rationalistik« (Sombart 1902/1927: 394). In den Büchern und durch sie

entsteht ein sehr detailliertes und zugleich geordnetes System von datierten Buchungsverweisungen.

Es entsteht eine *relationale Geschichtlichkeit* wirtschaftlicher Transaktionen, die Beziehungen zwischen den Posten sichtbar und berechenbar macht und zugleich für die Zukunft disponibel hält. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn für Weber bemisst sich die formale Rationalität einer Wirtschaft daran, inwieweit eine »jeder rationalen Wirtschaft wesentliche ›Vorsorge‹ sich in zahlenmäßigen, ›rechenhaften‹, Überlegungen« ausdrücken kann und ausdrückt« (ebd.: 45). Der Bezug zur Zukunft wird in einer rationalen Wirtschaft im rechnenden Denken hergestellt, wie auch Sombart vermerkte, als er schrieb, dass die Doppik »zur Voraussetzung ihrer Anwendung die durchgeführte Projektion eines wohl ausgedachten Geschäftsplans in die Zukunft hat« (ebd.). Damit erscheint das Spezifikum der Kalkulation: die Rechnungen der doppelten Buchführung haben die *kalkulative Planung einer erwerbsmäßigen Zukunft* zur Voraussetzung, die sie zugleich ermöglichen. Ohne Projektion eines unternehmerischen Überschusses, eines in Zahlen vermittelten und errechneten geschäftlichen Gewinns in der Zukunft, sind buchhalterische Berechnungen *gegenstandslos*.

Dies führt, so Sombart weiter, zu einer doppelten Emanzipation: »das Kapital wird personifiziert«, es vollzieht eine Lösung der Vermögenswerte des Unternehmens von der Person des Unternehmensleiters, dem die Berechnungen nun als eigenständiger, selbstbezüglicher Gegenstand gegenüberstehen. Auch wird hierdurch seine Person zunehmend von der Entität des Unternehmens geschieden, das in der Folge zu einer *juristischen Person* erklärt wird. Ebenso löst sich die »Systematik der Geschäftsführung« von individuellen Haltungen des Geschäftsführers ab, da sein Unternehmen jetzt wissenschaftlich-systematischen Buchführungsprinzipien gehorcht, die »objektive Normen« setzen und mit dem das »Kapital sich seine eigenen Bewegungsgesetze vorgezeichnet hat (ebd.).²⁷ In Letzterem deutet sich bereits die heute noch zu beobachtende Kontroverse darüber an, welcher Stellenwert Unternehmerschönheiten im Rahmen unternehmerischer Entscheidungen ange-sichts eines äußerst ausgeklügelten Rechnungswesens – einem management by objectives (Drucker) – überhaupt noch zukommt (vgl. Ezzamel 1990; Messner et al. 2007).

Bevor sich dieser Frage aus praxistheoretischer Perspektive angenommen wird (siehe 3.4.3), muss noch auf zwei für Ökonomisierungsaspekte interessante Folgen verwiesen werden, die mit dem Aufkommen komplexer Buchführungstechniken zusammenhängen. Wie Sombart und Weber (sowie viele andere) beobachtet haben, begünstigt die doppelte Buchführung die Herausbildung einer erwerbsorienti-

²⁷ Inwiefern Sombart die Verdinglichung des Gegenstands an dieser Stelle zu weit treibt, soll hier nicht theoretisch anhand weiterer Quellen, sondern direkt am empirischen Gegenstand (vgl. Kapitel 6) diskutiert werden.

tierten Wirtschaftsform als solcher. Dies impliziert einen gesellschaftlichen Differenzierungsprozess, der aus einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung hervorgeht. Eine Feststellung der Weber'schen Sozialökonomik (1980: 59, [1920]) hierzu lautet: »Verkehrswirtschaftliche Bedarfsdeckung setzt, normalerweise und im Rationalitätsfall, Geldrechnung, und, im Fall der Kapitelrechnung, ökonomische Trennung von Haushalt und Betrieb voraus.« Märkte setzen also die Existenz von Geld voraus, das Weber als »rein technisch gesehen das ›vollkommenste‹ wirtschaftliche Rechnungsmittel« (ebd.) überhaupt darstellt. Die dazugehörige Geldrechnung sei daher das »spezifische Mittel zweckrationaler Beschaffungswirtschaft«. Die für moderne Gesellschaften völlig alltägliche Form produzierender Unternehmen und konsumierender Haushalte geht auf spezifische Rechenarten zurück, die das Ökonomische seines tradierten Sinns entkleidet haben. Während »oikos« in der griechischen Antike noch wörtlich und funktional für eine häusliche Produktionsgemeinschaft stand, die bedarfsoorientiert wirtschaftete, ist die kapitalistische Ökonomie von nach erwerbswirtschaftlichen Prinzipien operierenden Betrieben bzw. Unternehmen bevölkert.²⁸

Hiermit untrennbar verbunden sind also die von Weber beschriebenen spezifischen Rechenformen: Haushalte arbeiten mit *Budgetierung* und einem Haushaltsplan, der auf die Deckung der Güterbedarfe und am »Grenznutzenprinzip« ausgerichtet ist. Der durch *Kapitalrechnung* sich auszeichnende kapitalistische Betrieb hingegen steht für ein grenzenloses »marktmäßiges Erwerben«, insofern er seine »Erwerbschancen« über Preisvergleiche an einem Markt periodisch (etwa in Form einer Jahresbilanz) abschätzt und an einer kontinuierlichen »Verfügungsgewalt über Güter« interessiert ist. Eine folgenschwere Konsequenz dieser organisationalen Trennung auf Grundlage unterschiedlicher Zweckbestimmungen und Rechenformen ist folgende:

»Die Kapitalrechnung in ihrer formal rationalsten Gestalt setzt daher den Kampf des Menschen mit dem Menschen voraus. Und zwar unter einer weiteren sehr besonderartigen Vorbedingung. Für keine Wirtschaft kann subjektiv vorhandene ›Bedarfsempfindung‹ gleich effektivem, das heißt: für die Deckung durch Güterbeschaffung in Rechnung zu stellenden, Bedarf sein.« (Weber 1980: 49, [1922])

Der Frage nach einer subjektiven Bedarfsbefriedigung, die durch die Produktion in der Häuslichkeit zu einer natürlichen Grenze kam (es konnte nur das verzehrt werden, was auch produziert oder durch Überproduktion mit anderen Produzierenden eingetauscht wurde), wird zugunsten eines in Marktpreisen berechneten

²⁸ Hier setzt dann Gary Beckers Neubeschreibung des Ökonomischen an, der Haushalte im Sinne von Familien als normfreie Wirtschaftsproduzenten nach Maßgabe von optimierenden Nutzenkalkülen auffasst. Vgl. Becker (1982), sowie kritisch hierzu: Priddat (2013: 421, Fußnote 1) und Beckert (2012).

Haushaltseinkommens verschoben, das die jeweiligen Haushalte nun befähigt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, indem sie Marktgüter mit Geldmitteln kaufen.²⁹ Es lässt sich hieran ablesen, dass Kalkulation in Richtung einer marktförmigen Koordination tendiert, da gerade die in Preisen ausdrückbaren Zirkulationsverhältnisse eine besondere Form der *vorsorgenden Versorgung* mit Gütern versprechen. Die Folge: einstige Produzenten werden zu Konsumenten, die in aller Regel dazu gezwungen sind, ihr Einkommen durch das Anbieten ihrer Arbeitskraft in gleicher Art und Weise auf einem Markt zu erzielen. Der hierauf beruhenden, für heutige ökonomische Theorien noch immer fundamentalen Annahme nach, ist dies in Kauf zu nehmen, denn immerhin »ist der Grenzkonsument der Lenker der Richtung der Produktion« vermittels seiner Kaufkraft, wie Weber bemerkt. »Tatsächlich« aber wendet er ein, »nach der Machtlage, ist dies für die Gegenwart nur bedingt richtig, da weitgehend der ›Unternehmer‹ die Bedürfnisse des Konsumenten ›weckt‹ und ›dirigiert‹, — wenn dieser kaufen kann.« (Weber 1980: 49, [1922]).

Dies führt zur zweiten Folge, die mit der Verfeinerung und Verbreitung von betriebswirtschaftlichen Buchführungs- und volkswirtschaftlichen Berechnungstechniken einhergeht. Und zwar betrifft diese Entwicklung nicht nur die Rechenkapazitäten kapitalistischer Betriebe sowie die gesellschaftliche Ausdifferenzierung von Haushalt und Betrieb, sondern gleichsam das Verhältnis von Staatsbürger und Staat. Die eine Entwicklung hängt freilich mit der anderen zusammen. Die politische »Freisetzung« von Individuen, die sich nun in unterschiedlichen Märkten mit Geldrechnung bewegen (als Anbieter von Arbeitskraft auf einem Arbeitsmarkt; als Nachfrager auf Gütermärkten, auf denen sie ihre erworbenen Geldmittel des Arbeitsmarktes zum Erwerb von Konsumgütern einsetzen etc.), hat viele Theoretiker*innen dazu veranlasst, einen übergreifenden Wandel moderner Staatlichkeit und dessen Verhältnis zu seinen Bürgern zu konstatieren. Es wurde bereits unter 2.1 darauf hingewiesen, dass insbesondere Foucault in seinen Studien zur Gouvernementalität (2006) die neoliberale Wirtschaftstheorie als »liberale Regierungskunst« aufgefasst hatte, die, wie Georg Simmerl (2016) resümiert, »den Markt als Wahrheitsregime inthronisiert, um staatliche Macht zu begrenzen, und [...] Freiheit als Kalkül einsetzt und marktkonforme Subjekte produziert«. Regierungshandeln nutzt in dieser Sichtweise den Begriff der Freiheit als eine »Subjektivierungsform« (Bröckling 2007), die den Einzelnen als »unternehmerisches Selbst« anruft und in einen Wettbewerb entlässt, der nach steter Selbstoptimierung verlangt. Attribute wie Kreativität, Risikobereitschaft, Aktivität, Eigenverantwortung und Kundenorientierung werden dabei zu universellen Anforderungen mo-

29 Bei ausreichenden Geldmitteln (ob durch Lohnarbeit, Sparsamkeit, Kredit, Erbschaft erwirtschaftet sei dahingestellt) sind Haushalte darüber hinaus in der Lage, weit über ihre vormals durch die Güterproduktion begrenzten »Bedürfnisse« zu konsumieren.

derner Gesellschaften erklärt.³⁰ Ein fiktiver Gesellschaftsvertrag (nach dem Vorbild von Hobbes' Leviathan), der das Soziale bislang an die Kontrolle eines autoritären Staatslenkers gebunden hatte, wird hier aufgelöst in unzählige privatwirtschaftliche Vertragsbeziehungen, die gesellschaftliche Zusammenhänge auf »Vertragswelten« (ebd.: 127-151) reduzieren. In diesen Welten begeben sich die unternehmerischen Bürger eigenverantwortlich auf die Suche nach möglichst niedrigen Opportunitätskosten. Die an Foucault anschließenden Gouvernementalitätsstudien setzen das unternehmerische Selbst programmatisch an, verorten es im Kanon der »Technologien der Subjektivität« (Bröckling 2007: 35), wollen es dabei aber nicht »bloß [als] »Diskurseffekte, sondern [als] Chiffren für ein höchst praktisches Anforderungsprofil« (ebd.: 38) verstanden wissen. Mit Rekurs auf systemtheoretische Annahmen wird das unternehmerische Selbst als »asymmetrische Interpenetratoren« (Voswinkel/Kocyba 2005: 80, zit. n. Bröckling 2007: 37f.) und damit in bekannter differenztheoretischer Manier als Ökonomisierungsthemen konzipiert, das das »Übergreifen marktökonomischer Mechanismen auf andere Bereiche des Sozialen« (ebd.) meint.

Das von den Gouvernementalitätsstudien beschriebene Anforderungsprofil fasst Uwe Vormbusch (2012) mit seiner von Weber und Sombart inspirierten Studie über die »Herrschaft der Zahlen« hingegen anders, nämlich als »Kulturtechnik des Schreibens von Wert«. Er stellt auf die soeben vorgestellten Beobachtungen von Weber und Sombart ab, will aber über die »Buchhaltung der Dinge« (ebd.: 25), um die es beiden noch zu tun war, hinter sich lassen und stattdessen auf die »produktivierende Anreizung eines beständigen und abschließbaren (Selbst-)Optimierungsprozesses im Rahmen einer hypertrophen gesellschaftlichen Konkurrenz« (ebd.) kommen. Was in der Gesellschaftsdiagnostik dem Programm der Foucault'schen Gouvernementalitätsstudien sehr nahe kommt, verlegt sein Augenmerk – für die vorliegende Arbeit instruktiv – aber nicht auf die Beschreibung einer mehr oder minder expliziten Anrufung einer Subjektform, sondern auf die *kalkulatorischen Praktiken*, die als »technologies of government« (Miller 2001; siehe auch Rose 1991) der Konstruktion einer Subjektform vorausgehen. Vormbusch stellt

³⁰ In ähnlichem Zuschnitt hatten Boltanski/Chiapello (2003) einen »neuen Geist des Kapitalismus« in ihren Managementliteraturstudien ausgemacht, der auf die ästhetische Kritik der Kulturrevolution der 1960er Jahre und dessen Forderung nach Selbstverwirklichung und individueller Freiheit mit flachen Hierarchien und einer Förderung kreativer, flexibler und projektförmigen Arbeitswelten reagiert habe. Gleichwohl scheinen diese, wie die Befunde der Gouvernementalitätsstudien, zu sehr von einem spezifischen Typ wissensbasierter Arbeit auszugehen, die sich keinesfalls ohne Weiteres auf sämtliche Arbeitsbereiche und Wissenskulturen übertragen lässt. Die Arbeitswelten einfacher Dienstleistungen etwa, die noch von Automation betroffen sind, dürften weitaus stärker mechanistisch in seinen Vollzügen und hierarchisch in seiner Koordination ausfallen.

sich damit in die Tradition der soziologisch inspirierten »accounting studies«,³¹ die ökonomische Recheninstrumente als *soziale Praktiken* (vgl. Hopwood/Miller 1994, Vollmer 2003; Mennicken/Vollmer 2007) fassen. Für Peter Miller haben insbesondere die im angloamerikanischen Raum »management accounting« oder »cost accounting«³² genannten Techniken das Zeug zur Regierungstechnologie, da deren Leistung es sei, »to link together responsibility and calculation« (Miller 2001: 381). Derartige Kalkulationstechniken – worunter er z.B. Kosten-, Budget- oder Rentabilitätsrechnungen zählt – erlaubten es, Organisationen zu managen, indem Berechnungen des Managements einerseits mit Berechnungen anderer Einrichtungen verglichen und somit kontrolliert werden könnten. Andererseits würden so Leistungen der Organisationsmitglieder rechnerisch individualisiert und zugleich genau festgelegte, standardisierte Ziele veranschlagt, an deren Erreichung sich ihre Arbeitsleistung bemisst. Auch hier lassen sich die einzelnen Leistungen und Leistungsvorgaben vergleichen und zugleich individuell anpassen. Der Zusammenhang zwischen Leistung und Individuum wird als zu vereinbarende *Leistungsverantwortung* formuliert. Die Techniken fungieren dabei als *soft powers*, da sie das Verhalten der Mitglieder nur indirekt zu beeinflussen suchen »in such a way that they act freely, yet in accordance with specified economic norms« (ebd.: 380). Insofern handelt es sich um einen modus operandi, der den Einzelnen als Akteur fasst, der nach wie vor auf »a whole field of possible responses and reactions« (ebd.) zurückgreifen kann, ja muss. Denn: »[...] management accounting provides a way of ›harnessing the interests‹ of individuals, of utilizing their autonomy rather than seeking to suppress it.« (ebd.: 381, Hervorhebung K. M.). Kalkulationen unterdrücken nicht, sondern beruhen vielmehr auf der *Autonomie* von Individuen, die – wie im unternehmerischen Selbst – als Quelle von Differenz und Innovation, Lösungs- und Entscheidungsfindung benötigt werden, auch wenn sie in einem numerischen Korridor operieren, der vom Management vorgegeben wird. Das »calculating self« (Miller 1992) wird entgegen der Weber'schen These von der entmenschlichenden Rationalisierung geradezu als konkrete, in ihren Eigenheiten und Fähigkeiten angesprochene Persönlichkeit ausbuchstabiert und »made operable by the mundane routines and practices of management accounting« (ebd.).

Was bislang als nahezu identisches Forschungsprogramm erschien, weist bei Miller und Vormbusch in mindestens einer Hinsicht Unterschiede

31 Siehe vor allem das einschlägige Journal »Accounting, Organizations and Society«, das 1975 von Anthony Hopwood begründet wurde und sich seither den »behavioural, organizational and social aspects of accounting« widmet.

32 Im deutschsprachigen Raum ist üblicherweise von »Controlling« die Rede. Die Begriffe werden im weiteren Verlauf synonym verwendet.

auf: Miller sieht das Unterscheidungsmerkmal von kalkulativen Praktiken im Vergleich zu anderen Formen der Quantifizierung in ihrer reduktionistischen Qualität »to translate diverse and complex processes into a *single financial figure*« (ebd., Hervorhebungen im Original). Die Relevanz kalkulativer Praktiken liege im Umstand begründet, dass das, was gezählt werde, auch üblicherweise zähle. Die »elegance of the single figure« stehe für ein Objektivitäts- und Neutralitätsversprechen, was nicht unbedingt eingelöst werden könne, aber dennoch gelte (vgl. auch ders.: 384f.). Vormbusch (2012: 240, Hervorhebungen im Original) adressiert dies mit seinem Begriff der »Soziokalkulation«, fokussiert allerdings auf den gegenteiligen Befund: Soziokalkulationen als soziale Praktiken beruhen darauf, dass »ihr Konstruktionsprozess im Prinzip *ausreichend transparent* ist und an ihre Objektivität dementsprechend reduzierte Ansprüche gestellt werden«. Das Wissen über das Gemacht-Sein der Zahlen wird kommunikativ gewendet zu einer »Stärke der Schwäche«, die sich in einem »reflexiven Zahlengebrauch« (ebd.: 241, Hervorhebungen im Original) zeige. Organisationen werden so in die Lage versetzt, in »Deutungs-, Aushandlungs- und Selbstformungsprozessen« den »(Zahlen-)Blick für alternative Gegenwart und potentielle Zukünfte« zu weiten (ebd.).

Zahlen erzeugen hier gerade ein Orientierungswissen, welches die Kontingenz des Sozialen in Form unterschiedlicher Zukunftsszenarien in Rechnung stellt und zum Kommunikations- und Verhandlungsgegenstand werden lässt. Auch wenn die Nutzer von Statistiken, Prognosen, Hochrechnungen oder Vorhersagen allen voran in wirtschaftlichen Zusammenhängen geradezu besessen davon scheinen, Zukunft berechenbar zu machen, wenn »Zahlenwerke« (Mennicken/Vollmer 2007: 10) gar zum handlungsfähigen Produkt erklärt werden (vgl. Esposito 2010), so sind sie stets auf die »relationale Gewissheit« einer erlebten und »nicht-statistischen Häufigkeitsempfindung« (Priddat 2014b: 261) Einzelner angewiesen. Wahrscheinlichkeitsaussagen basieren auf Vergangenem und nutzen doch zugleich die weitverbreitete Zuversicht der Rezipienten in der Gegenwart, dass die errechnete Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines vergangenen Zusammenhangs in der Zukunft auch wirklich zutrifft (vgl. ebd.). Die kalkulativen Praktiken fungieren letztlich als »Nahtstelle zwischen dem vom Subjektiven abstrahierenden Zahlenwissen des Accountings und dem subjektgebundenen impliziten Wissen, den Handlungsmotiven, Deutungsmustern und Kompetenzen der Wirtschaftssubjekte« (Vormbusch 2012: 28). Die Betonung der Autonomie und Verantwortung der unternehmerischen Subjekte wie die Vergewisserung über eine Optionalität von Zukunft kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass kalkulative Praktiken ebenso eine nicht zu unterschätzende affektive Kehrseite mit sich führen, die sich als persönlicher oder professioneller Kontrollverlust, prozessuale Unsicherheit bis hin zu einer Instrumentalisierung von Angst äußern kann (vgl. Pyysiänen et al. 2017). Hiermit wären dann auch all diejenigen Beiträge angesprochen, die Ökonomisierung als

Gefahr für oder Angriff auf staatliche Institutionen, rechtliche Garantien, professionelle Autonomie und dergleichen mehr verstehen.

Bevor dieser Pfad weiter beschritten und die praxis- wie organisationstheoretischen Implikationen der vorliegenden Untersuchung geklärt werden, muss noch festgehalten werden, dass in den Ausführungen von Vormbusch und Miller bereits zwei für den weiteren Argumentationsgang wichtige Aspekte enthalten sind. Diese betreffen das spezifische Wissen, welches für ein tiefgreifendes, differenztheoretisches Verständnis von Ökonomisierung adressiert werden muss. Neben den expliziten Wissensgehalten, die in Kalkulationen zum Ausdruck kommen, gilt es insbesondere das Wissen über Kalkulationen abzugreifen, das im als soziale Praktiken angereicherten *impliziten* Wissen enthalten ist. Dieses bezieht sich einerseits auf das Organisationswissen im Sinne kalkulatorischer Praktiken des Managements. Andererseits ist es aber auch auf die Autonomie der an Managementprozessen beteiligten Statusgruppen gerichtet, die über keine genuine kaufmännische Berufsbildung verfügen, sondern auf ein anderes Wissen zugreifen. Organisationen erscheinen somit als zentrale Orte der Untersuchung, da davon auszugehen ist, dass gerade dort Ökonomisierungsdynamiken entstehen und bearbeitet werden.

2.3 Zwischenfazit: Ökonomisierung als Verhältnis von Autonomie und Kalkulation

In diesem Kapitel standen zweierlei Dinge im Vordergrund. Zunächst wurde ein grober Überblick über den ausufernden Diskurs um den Begriff der Ökonomisierung gegeben. Daran anschließend galt es differenztheoretische Prämissen herauszuarbeiten, die für die hier vorliegende sozialwissenschaftliche Analyse von Ökonomisierungsprozessen instruktiv sind. Der Begriff lässt sich vordergründig als zeitdiagnostische Klammer lesen, die das Koordinatensystem moderner Gesellschaften betrifft. Ist die Rede von Ökonomisierung, wird – gemeinhin in kritischer Absicht – ein Bedeutungs- oder Effektszuwachs unterschiedlicher Aspekte des »Ökonomischen« in gesellschaftlichen Bereichen diagnostiziert, die per definitio nem damit bislang nicht (bzw. nur marginal) assoziiert waren. Oder aber es werden strukturelle Veränderungen innerhalb der Wirtschaft mit dem Term beschrieben, die auf gesteigerte Effizienz-, Wettbewerbs- oder Renditeerwartungen abstellen. Als Bindeglied zwischen beiden Strängen wurden die neoklassische Mainstream-Ökonomik identifiziert, welche durch ihre in *mathematischen Modellrechnungen* verpackten Annahmen einerseits das Verständnis und damit auch das Funktionieren von Wirtschaft selbst mitgestaltet. Andererseits sind neoklassische Recheninstrumente in externe Bereiche gelangt, wodurch diese einer ökonomischen Analyse zugeführt werden konnten.

Daraufhin wurde in historisierender Absicht gezeigt, dass der Begriff der Ökonomisierung mit der Entstehung der klassischen Nationalökonomie zur Zeit der frühen Industrialisierung zusammenfällt. Die neue Wissenschaft stellt die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft in letzter Konsequenz als eine von Individuum und Gesellschaft (Liberalismus) bzw. Kapital und Arbeit (Marxismus). Der liberale Flügel der klassischen Nationalökonomie repräsentiert hierbei die Hintergrundfolie für ein Verständnis der Dynamiken zwischen Wirtschaft und Gesellschaft besonders gut, da das Beschreiben des Ökonomischen als eigenständigem Geltungsbereich zunächst noch in enger Verbindung zu gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen und sozialen Normen vollzogen wurde. Ausgehend von physiokratischen Annahmen sowie einem mathematisch orientierten Utilitarismus, entwickelt sich der Markt jedoch sukzessive zum Synonym einer natürlichen Ordnung, welche das Wohl des Individuums, das seine Eigeninteressen verfolgt, und das der Allgemeinheit über die »unsichtbare Hand« Gottes harmonisch integriert. Nutzenmaximierung wird zur ethischen Maxime infolge von natürlichen Gesetzmäßigkeiten, die durch staatliche Eingriffe nicht gestört werden sollten.

Dies ebnet den Weg zur ersten gesellschaftstheoretischen These von Polanyi, der Entbettung, wonach die nunmehr frei entfesselte Marktwirtschaft sich im Rahmen der »Great Transformation« und als Reaktion auf das neue *Maschinenzeitalter* Gesellschaft einverleibt, zu ihrem »Anhängsel« macht. Hierdurch gäbe die Wirtschaft ihre vormalige Einbettung (»embeddedness«) in soziale Beziehungen, Normen und gesellschaftliche Strukturen infolge ihrer Eigengesetzlichkeit preis und verabsolutiere ihre Gesetze im Rahmen einer *Marktgesellschaft*. Die Verselbständigung der Marktwirtschaft kulminiert in neoklassischen Schulen (z.B. der Lausanner Schule von Léon Walras) nicht mal ein Jahrhundert später in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell von Märkten, das sich mittels Nutzenfunktionen von Angebot und Nachfrage exakt berechnen lässt. Neben der Orientierung an mathematischer Exaktheit ist insbesondere ein wissenschaftlicher Positivismus bezeichnend für die Neoklassik, wie sie am Beispiel von Milton Friedman inspiert wurde. Der methodische Positivismus verweist auf die Erzeugung einer Evidenz in der realen Welt, die in und durch Modellannahmen aktiv hervorgebracht wird, und damit auf eine enge Verbindung von Wirtschaft und Gesellschaft, die aber nicht unweigerlich in eine Konvergenz mündet. Vielmehr ist hierdurch die Bedeutung von *Technik* – genauer von kalkulativen Praktiken und Recheninstrumenten – für die *Ko evolution von Wirtschaft und Gesellschaft* angezeigt (Latour 2006a), die der Gesellschaft keinen eigenen Körper andichtet und diese auch nicht in moralischer Hinsicht über den Bereich der Wirtschaft stellt.

Mit Foucault (2006) wurde daraufhin die zweite gesellschaftstheoretische These von der liberalen Regierungs rationalität vorgestellt, wonach die neoklassischen und neoliberalen Schulen im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhundert wesentlich

zu einem »Regierungswissen« beitragen, welches durch technische Mittel der Statistik eine sicherheitsorientierte »Biopolitik« moderner Staaten begründet. Diese Körperpolitik zeichnet sich durch metrische Analysen von Bewegungsgesetzen der Massengesellschaft aus, mit denen die Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Bevölkerung überwacht und zur Produktivitätszwecken gesteigert werden soll. Dies lässt sich allerdings nicht als gesellschaftstheoretisches Erklärungsmuster der »Entbettung« (Polanyi) bzw. der Marktgesellschaft lesen, sondern untersucht politökonomische Regime, die der »Gesamtheit der Kräfteverhältnisse, die ebenso durch die beherrschten wie durch die herrschenden Kräfte hindurchgeht, die alle beide Singularitäten bilden« (Deleuze 2013: 42f.) entspringen. Foucault macht sich damit – im Gegensatz zu Polanyi – keiner normativen Beschreibung von »Gesellschaft« verdächtig, da hier vornehmlich auf *technischer* Ebene argumentiert wird. Foucaults Begriff des Diagramms und seine relational-funktionalistische Machtanalytik weisen auf die reale Produktion neuer politökonomischer Wahrheiten hin, er vergewissert sich aber dabei nicht, ob die Geltung dieser auch an die Existenz gesellschaftlicher *Werte* gebunden ist und in welcher Weise diese Relation organisiert wird.

Daraufhin wurden vier für den Gang der Argumentation wesentliche differenz-theoretische Prämissen von Ökonomisierung dargelegt. Die vier eingeführten Prämissen (Autonomie, Rationalisierung, Quantifizierung und Vergleich sowie Kalkulation) umreißen die Natur des Ökonomischen als Verbund aus (1) relativ wertstabilen Gesellschaftsbereichen und Praktiken, die über eine gewisse Autonomie verfügen, auf denen Ökonomisierungsvorhaben aufsetzen. Insbesondere auf die Eigenlogik von Organisationen und Professionen ist in diesem Zusammenhang abzustellen, da hier die erforderlichen Praktiken entstehen und vollzogen werden, die dann als »Leistungen« ökonomisiert werden sollen. Damit dies geschehen kann, bedarf es (2) einer Kultur der Rationalisierung, wie sie Max Weber beschrieben hat. Die auf rationaler Berechnung basierende Kultur westlicher Gesellschaften ist hiernach nicht allein als Anwendung naturwissenschaftlich-mathematischer Methoden kapitalistischer Betriebsführung, der legitimen Herrschaft bürokratischer Regelbefolgung und juristischer Rechtsprechung zu begreifen, sondern als Ausdruck einer eigenständigen »Wertsphäre« zu verstehen, die untrennbar mit dem alltäglichen Leben, den Interessen und Werten der Menschen verbunden ist. Um eine rationalistische Kultur im gesellschaftlichen Alltag des Okzidents zu verankern, müssen (3) Instrumente und Praktiken der Quantifizierung und Vergleichung verfügbar sein, die mittels ihrer Messvorgänge numerische *Werte* erzeugen und in Form von Vergleichen simultan *Gleichheit und Differenz* erzeugen. Messinstrumente (in Form von Rankings, Ratings, Scores und dergleichen) und die durch sie erzeugten Zahlen stabilisieren soziale Kategorien und Rangverhältnisse und leisten hierdurch einen Beitrag zu sozialer Ordnung und verlässlicher Kommunikation. Davon zu unterscheiden sind (4) volks- wie betriebswirtschaftliche Kalku-

lationen, denen in Form der *doppelten Buchführung* in einer erwerbswirtschaftlich orientierten Ökonomie eine besondere Funktion zukommt. Sie halten Organisationen einen numerischen Spiegel vor und versetzen sie in die Lage, zukünftige Erwerbsverhältnisse auf Grundlage vergangener Messungen in der jeweils ungewiss und fragil erscheinenden Gegenwart zu berechnen und auf dieser Grundlage *erwerbsmäßige Entscheidungen* für die Zukunft zu treffen.

Diese vier Prämissen dienen der Vorbereitung des metatheoretischen Rahmens, der die empirischen Analysen anleiten soll. Die These, die sich damit verbindet, läuft eine Bestimmung von Ökonomisierung als *Verhältnis von Autonomie und Kalkulation* hinaus. Dieses lässt sich aber nicht allein mit Bezug auf gesellschaftstheoretische Argumente und Literaturanalysen bestimmen. Vielmehr muss empirisch nachvollzogen werden, wie soziale Autonomie und ökonomische Berechnungsinstrumente praktisch in Beziehung gesetzt werden. Hierzu wird der Blick auf Organisationen gerichtet, in denen das praktische Ins-Verhältnis-Setzen unterschiedlicher Erwartungen, Logiken bzw. Rationalitäten zum Alltagsgeschäft gehört. Um die Vorgänge, die mit dem Phänomen der Ökonomisierung in Verbindung gebracht werden, besser verstehen und erklären zu können, wird daher im folgenden dritten Kapitel eine praxis- und organisationstheoretisch informierte Perspektive auf den Untersuchungsgegenstand entwickelt.